

# EUROBAROMETER 73

## DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

### ERSTE ERGEBNISSE

Befragung: Mai 2010

Veröffentlichung: August 2010

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion für Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

[http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm)

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.  
Die hierin enthaltenen Interpretationen und Meinungen sind ausschließlich die der Autoren.

## **Standard-Eurobarometer 73**

### **Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union**

**Durchgeführt von TNS Opinion & Social in  
Auftrag der Generaldirektion Kommunikation**

**Koordination der Umfrage durch die  
Generaldirektion Kommunikation**

**TNS Opinion & Social**  
Avenue Herrmann Debroux, 40  
1160 Brüssel  
Belgien

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>4</b>
<b>1. WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUS SICHT DER EUROPÄER UND HAUPTSORGEN DER EUROPÄISCHEN BÜRGER .....</b>	<b>7</b>
1.1 Die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage .....	7
1.2 Die Hauptsorgen auf nationaler und persönlicher Ebene.....	9
<b>2. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER .....</b>	<b>13</b>
2.1 Befürwortung und Nutzen der EU-Mitgliedschaft .....	13
2.2 Vertrauen in die Europäische Union, die nationale Regierung und das nationale Parlament.....	18
2.3 Was die Europäische Union den Menschen bedeutet .....	20
<b>3. DIE EUROPÄER UND DIE KRISE .....</b>	<b>25</b>
3.1 Die Wirtschaftskrise: Hat sie den Höhepunkt bereits überschritten oder steht das Schlimmste noch bevor? .....	25
3.2 Die Einstellungen der Europäer zu Reformen .....	28
3.3 Öffentliche Defizite .....	30
<b>4. DIE WAHRNEHMUNG DER ROLLE DER EUROPÄISCHEN UNION BEI DER BEWÄLTIGUNG DER KRISE .....</b>	<b>33</b>
4.1 Im Vergleich zu anderen internationalen Akteuren.....	33
4.2 Verstärkter Bedarf nach mehr Zusammenarbeit .....	35
<b>5. „EUROPA 2020“ - DIE STRATEGIE FÜR DIE ZUKUNFT .....</b>	<b>40</b>
<b>6. STAATSBÜRGERSCHAFT DER EUROPÄISCHEN UNION.....</b>	<b>42</b>
<b>SCHLUSSFOLGERUNGEN .....</b>	<b>46</b>
<b>TECHNISCHER HINWEIS .....</b>	<b>49</b>

## EINLEITUNG

Diese Welle des Standard-Eurobarometer wurde im Zeitraum vom 5. bis 28. Mai 2010<sup>1</sup> durchgeführt. Die Befragung erfolgte in 32 Ländern und Gebieten: Den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den drei Bewerberländern (Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei), Island und der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil.

Seit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im September 2008 ließ das Eurobarometer erhebliche Umschwünge der öffentlichen Meinung in Europa erkennen. Als ausschlaggebendes Moment für die Wahrnehmungen und Meinungen der Europäer erwies sich dabei die Krise.

Zum Zeitpunkt der Befragung im Mai 2010 waren die Maßnahmen des Stabilisierungspaketes noch nicht vollständig in Kraft getreten. Dies geschah erst im Juni. In den ersten Monaten des Jahres hatte Griechenland mit massiven Finanzproblemen des Staatshaushaltes zu kämpfen. Daneben bestand die Gefahr, dass der Funke auf andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union überspringen könne. Bis Juni hatten die Institutionen der EU und die Länder der Euro-Zone ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Sicherung der finanziellen Stabilität ins Leben gerufen. Der IWF beteiligte sich ebenfalls an diesem Programm.

Im Mai erreichte die Arbeitslosenrate in der Euro-Zone den höchsten Stand seit Schaffung der gemeinsamen europäischen Währung: Die Arbeitslosigkeit stieg hier auf 10% an, verglichen mit den 9,6% für die gesamte Europäische Union.<sup>2</sup>

Dies ist der allgemeine Hintergrund, vor dem die Befragungen des aktuellen Standard-Eurobarometer durchgeführt wurde.

---

<sup>1</sup> Die genauen Angaben zu den Befragungszeiträumen in den einzelnen Ländern sind im technischen Anhang enthalten.

<sup>2</sup> [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-02072010-AP/EN/3-02072010-AP-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-02072010-AP/EN/3-02072010-AP-EN.PDF)

Dieser Bericht beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Ergebnissen aus den EU27-Mitgliedstaaten und gliedert sich in sechs Kapitel. Im ersten Kapitel betrachten wir die Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage und untersuchen jene Bereiche, die den europäischen Bürgern die größten Sorgen bereiten. Im zweiten Kapitel wird die erfaßte Grundstimmung im Hinblick auf jene Indikatoren ausgewertet, mit denen die Wahrnehmungen und Meinungen zur Europäischen Union gemessen werden. Das dritte Kapitel beschäftigt sich eigens mit der Krise und geht der Frage nach, wie diese in der europäischen Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Eine Analyse der Rolle der EU bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise schließt sich im vierten Kapitel an. Das fünfte Kapitel widmet sich den Zukunftsperspektiven und beschreibt die öffentliche Unterstützung für die Strategie „Europa 2020“ anhand der Einschätzung der Wichtigkeit der verschiedenen Initiativen. Der Bericht endet mit einer Untersuchung der Vorstellungen zur und über die EU-Staatsbürgerschaft.

Bei der Befragung wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Forschung und Verfassen von Reden“) für die Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt. Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des Netzwerkes von TNS Opinion & Social beigefügt. Darin werden die Interviewmethode und die Konfidenzintervalle im Einzelnen beschrieben.<sup>3</sup>

Wir möchten die LeserInnen darauf hinweisen, dass für das aktuelle Standard-Eurobarometer drei verschiedene Berichte erhältlich sein werden.

**1) Erste Ergebnisse:** In diesem Bericht wird in prägnanter Form ein Überblick über die Trendindikatoren für die öffentliche Meinung der Europäer zu den wichtigsten Themen gegeben.

**2) Ländermerkblätter:** Diese enthalten Graphiken zu ausgewählten Ergebnissen der einzelnen Länder oder Gebiete, in denen die Umfrage durchgeführt wurde. Dadurch werden Vergleiche zwischen den nationalen Ergebnissen und dem EU-Durchschnitt ermöglicht.

**3) Vollständiger Bericht:** Dieser enthält eine eingehende Analyse aller bei einer Standard-Eurobarometer-Umfrage gestellten Fragen. Diese Form des Berichts wird zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht wird.

*Die Website des Eurobarometers ist unter der folgenden Adresse abrufbar:*

*[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)*

*An dieser Stelle möchten wir allen Befragten aus ganz Europa danken, die sich die Zeit genommen haben, um an dieser Umfrage teilzunehmen.*

*Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Studie nicht möglich gewesen.*

---

<sup>3</sup> Die Ergebnistabellen sind im Anhang enthalten. Es sei darauf hingewiesen, dass die Prozentsumme der Antworten in den Tabellen in diesem Bericht 100% übersteigen kann, wenn Mehrfachantworten auf eine Frage möglich gewesen sind.

Die Länder sind in diesem Bericht mit ihren amtlichen Abkürzungen wiedergegeben. Die im Bericht verwendeten Abkürzungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN	
EU27	Europäische Union - 27 Mitgliedstaaten
WN/KA	Weiß nicht / Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern*
CY (tcc)	Nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierter Landesteil
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien**
IS	Island

\* Zypern ist als Ganzes einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der „gemeinschaftliche Besitzstand“ ist jedoch in dem Teil des Landes, der nicht der Kontrolle der Regierung der Republik Zypern untersteht, ausgesetzt. Aus praktischen Gründen wurden nur die in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU27-Durchschnitt einbezogen. Die Interviews, die in dem Teil des Landes durchgeführt wurden, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, werden in der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: *Turkish Cypriot Community, Türkisch-Zyprische Gemeinschaft*] ausgewiesen.

\*\* Provisorische Bezeichnung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird.

Die Ergebnisse für CY(tcc), HR, TR, MK und IS sind im Tabellenanhang zu diesem Bericht zu finden.

# 1. WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUS SICHT DER EUROPÄER UND HAUPTSORGEN DER EUROPÄISCHEN BÜRGER

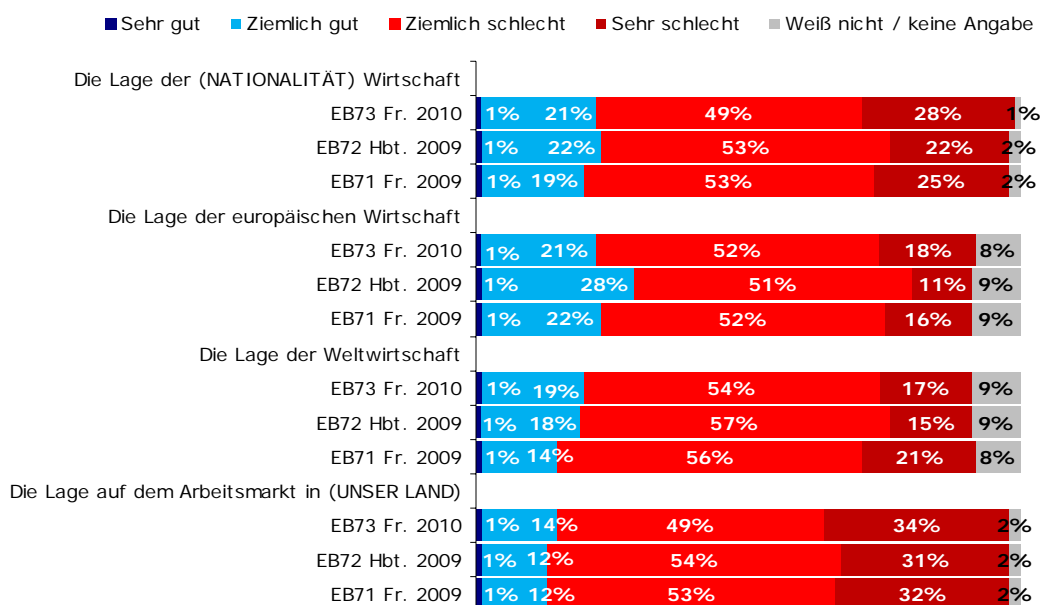
## 1.1 Die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage

Die Europäer werden regelmäßig um eine Einschätzung zur aktuellen Lage der Wirtschaft im eigenen Land, in der Europäischen Union und in der Welt gebeten und nach ihrer Beurteilung der Situation am Arbeitsmarkt im eigenen Land gefragt.<sup>4</sup>

**- Nach einer kurzzeitigen Erholung im Herbst 2009 ist das Vertrauen in die wirtschaftliche Lage wieder geschwunden -**

Ungeachtet des wirtschaftlichen Aufschwungs – offiziell endete die Rezession im dritten Quartal 2009<sup>5</sup> – bestimmt der wirtschaftliche Schlechtfühlfaktor<sup>6</sup> weiterhin die Wahrnehmung der Befragten. Die Zuversicht der Öffentlichkeit ist mittlerweile geringer als im Herbst 2009.

**QA4. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? - % EU**



Die Ergebnisse des Eurobarometers lassen eine pessimistischere Einschätzung erkennen. Insbesondere gilt dies für die wirtschaftliche Lage im eigenen Land (seit Herbst 2009 Anstieg des Anteils der Befragten, die angeben, der Wirtschaft im

<sup>4</sup> QA4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? 1. Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft. 2. Die Lage der europäischen Wirtschaft. 3. Die Lage der Weltwirtschaft. 6. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND) – 1) Sehr gut 2) Ziemlich gut 3) Ziemlich schlecht 4) Sehr schlecht

<sup>5</sup> EU-Wirtschaftsprognose Frühjahr 2010:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2010/pdf/ee-2010-2\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-2_en.pdf)

<sup>6</sup> Dieser Faktor bezieht sich auf das gute oder schlechte Gefühl, das die Verbraucher angesichts der wirtschaftlichen Lage verspüren und welches sich wiederum auf ihren Konsum auswirkt. In diesem Bericht kommt dem Begriff des wirtschaftlichen Wohlfühl- oder Schlechtfühlfaktors eine umfassendere Bedeutung zu. Dabei bezeichnet dieser auch die allgemeinen Auswirkungen dieses Gefühls auf Meinungen zu Fragen, die über wirtschaftliche Belange hinausgehen.

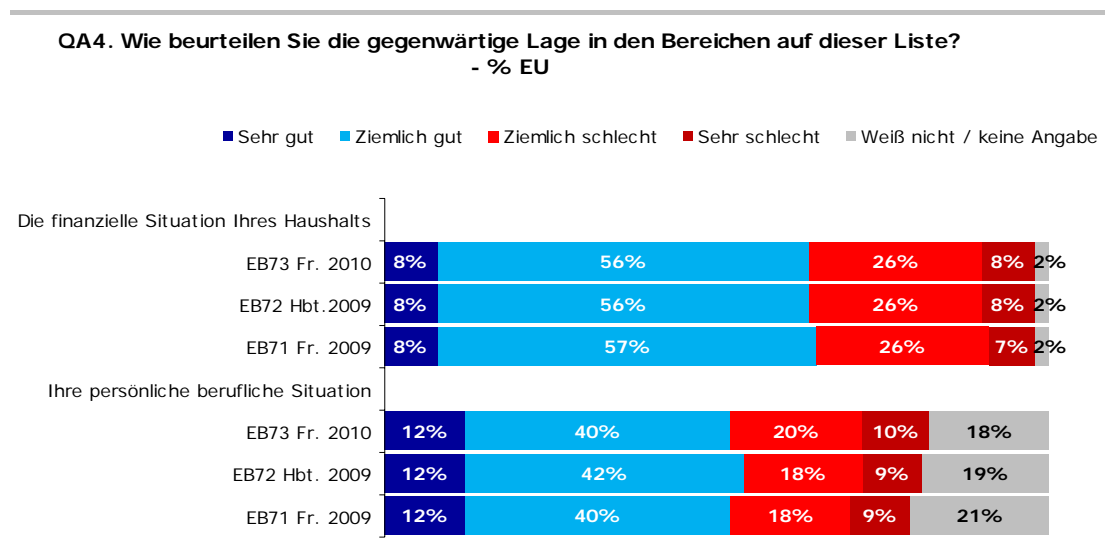
eigenen Land gehe es sehr schlecht, von 22% auf 28%) und die Lage der europäischen Wirtschaft (Anstieg von 11% auf 18%). Mit größter Skepsis bewerten die Europäer nach wie vor die Lage auf dem Arbeitsmarkt im eigenen Land, von der 34% der Befragten meinen, dass sie ‚sehr schlecht‘ (+3 Prozentpunkte) sei.

Im Frühjahr 2010 sorgten die Haushaltsdefizite in mehreren Ländern der Europäischen Union und die griechische Schuldenlast für einen Rückgang der Zuversicht in der Öffentlichkeit im Hinblick auf eine Wiederbelebung der Konjunktur. Fünf Tage nach Beginn der Befragung, am 10. Mai 2010, verständigten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Wahrung der finanziellen Stabilität in Europa. Hierin vorgesehen waren ein Rettungspaket für Griechenland, die Schaffung eines europäischen Stabilitätsmechanismus und entschiedene Bemühungen für eine beschleunigte Konsolidierung der Staatshaushalte.<sup>7</sup>

Das Vertrauen der Verbraucher in die Europäische Union sowie die Euro-Zone knickte in dem selben Monat deutlich ein (ein Rückgang um jeweils 3 Prozentpunkte).<sup>8</sup>

### - Persönliche wirtschaftliche Situation weniger stark betroffen -

Trotz des fehlenden Vertrauens in die wirtschaftliche Lage ist eine Mehrheit der Europäer weiterhin positiv gestimmt, wenn es um die **persönliche wirtschaftliche Situation**<sup>9</sup> geht. Mehr als sechs von zehn Befragten bewerten die finanzielle Lage ihres Haushalts positiv (seit Herbst 2009 unverändert 64% der Befragten) und mehr als die Hälfte gibt an, dass die persönliche berufliche Situation gut sei (52%; -2).



<sup>7</sup> Rat der Europäischen Union:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/114338.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/114338.pdf)

<sup>8</sup> Schlüsselindikatoren der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/db\\_indicators/surveys/documents/2010/bcs\\_2010\\_05\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/surveys/documents/2010/bcs_2010_05_en.pdf)

<sup>9</sup> QA4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? 4. Ihre persönliche berufliche Situation 5. Die finanzielle Situation Ihres Haushalts – 1) Sehr gut 2) Ziemlich gut 3) Ziemlich schlecht 4) Sehr schlecht



## 1.2 Die Hauptsorgen auf nationaler und persönlicher Ebene

### ***- Die Sorgen bleiben ziemlich gleich, mit einem leichten Rückgang bei der Sorge über die Arbeitslosigkeit -***

Die Arbeitslosigkeit bleibt nach Wahrnehmung der Europäer weiterhin das wichtigste Problem im eigenen Land. Jedoch fällt der Grad der Besorgnis nun etwas geringer aus als noch im Herbst 2009 (Rückgang von 51% auf 48%).<sup>10</sup> Auf unverändert hohem Niveau – wie im Herbst 2009 – bewegt sich dagegen die Sorge über die wirtschaftliche Lage (40%).

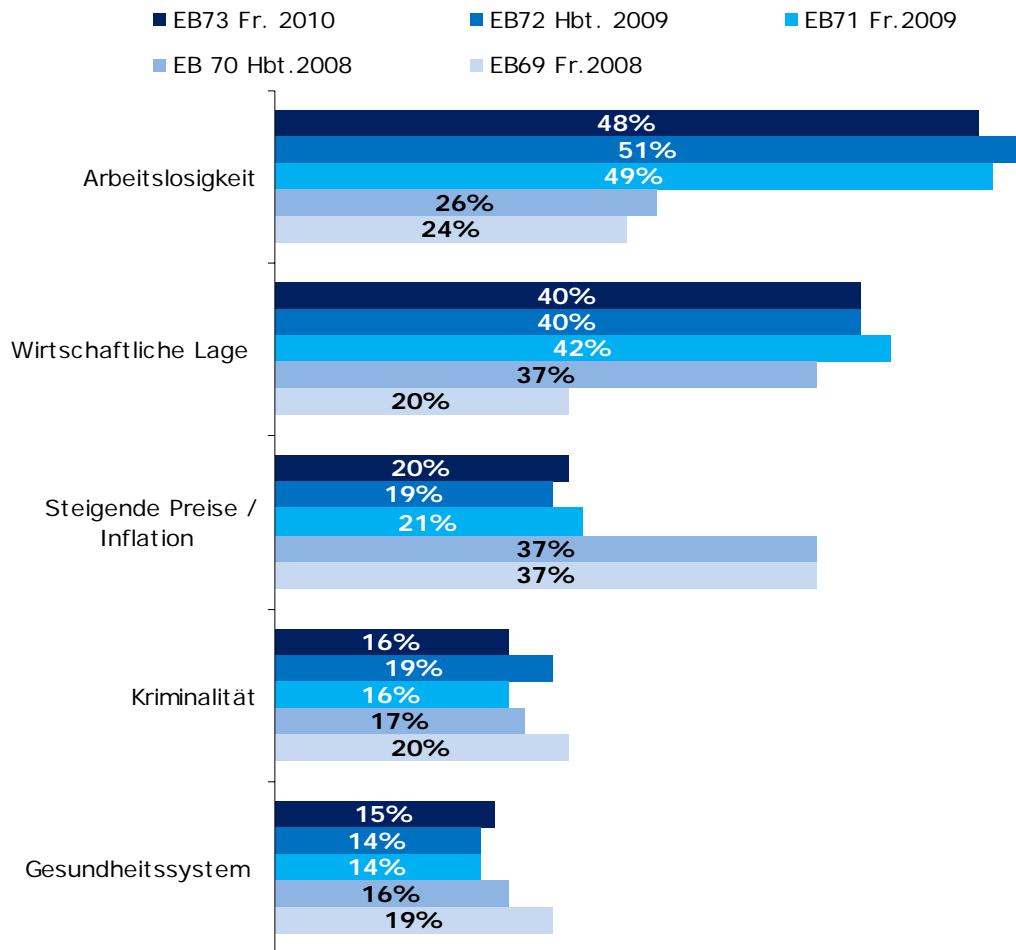
Zur Spitzenzeit des wirtschaftlichen ‚Wohlfühlfaktors‘ im Frühjahr 2007 (EB67) wurde der Sorge über Kriminalität und über das Gesundheitssystem fast so häufig Ausdruck verliehen wie den Sorgen über die wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit. Als der Schlechtfühlfaktor wieder verstärkt die allgemeine Stimmung prägte, spiegelte sich dies auch bei den Sorgen wider, die ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten. Im August 2008 (EB70) waren es dann die wirtschaftliche Lage, die steigenden Preise und die Inflation, die am häufigsten als Problem genannt wurden.

Sechs Monate später (EB71) hatte die Sorge über die Arbeitslosigkeit – zum Höhepunkt der Rezession übrigens – dramatisch zugenommen. Es waren hauptsächlich Wirtschaftsprobleme, die den Europäern Sorgenfalten auf die Stirn trieben. Das Gesundheitssystem und selbst die Inflation im eigenen Land waren dabei weniger wichtig.

---

<sup>10</sup> QA7a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 ANTWORTEN) Kriminalität; Wirtschaftliche Lage; Steigende Preise\ Inflation; Steuern; Arbeitslosigkeit; Terrorismus; Verteidigung\ Außenpolitik; Wohnungsbau; Einwanderung; Gesundheitssystem; Bildungssystem; Renten; Umwelt; Energie

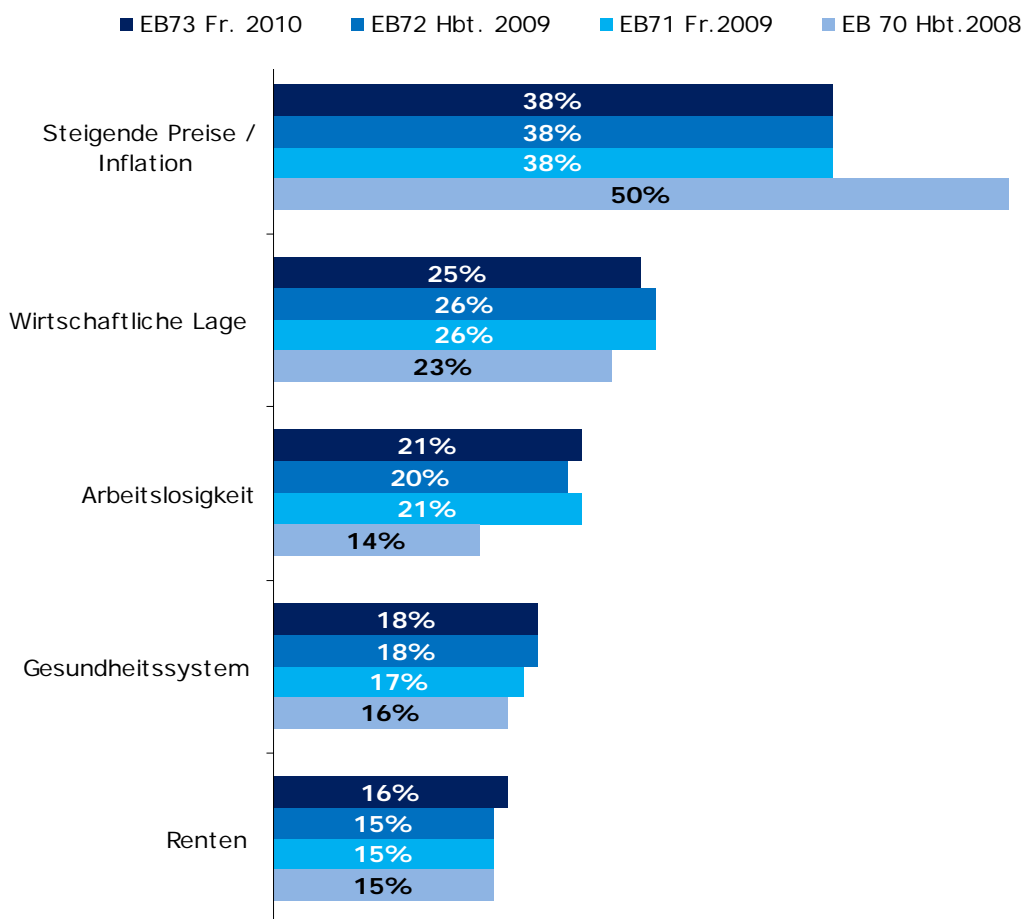
**QA7a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?  
(MAX. 2 NENNUNGEN) - % EU**



**- Auswirkungen der Krise noch immer präsent in den persönlichen Sorgen der Europäer -**

Wie bereits erwähnt wirkt sich die Wirtschaftskrise weniger stark darauf aus, wie die Bürger die eigene wirtschaftliche Situation wahrnehmen. Die Befragten neigen zu etwas weniger Sorge vor den direkten Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf sie persönlich, als vor den Auswirkungen auf ihr Land als Ganzes.<sup>11</sup> Die bedeutet aber nicht, dass die Krise im Hinblick auf die persönlichen Sorgen keinen Niederschlag fände. Die Ergebnisse aus dem Frühjahr 2010 gleichen jenen aus dem Herbst 2009: Die Betroffenheit angesichts der wirtschaftlichen Lage (25%; -1) und die Sorge über die Arbeitslosigkeit (21%; +1) haben sich nicht wesentlich verändert. Die persönliche Hauptsorge aber ist und bleibt die Inflation, welche seit dem Frühjahr 2009 unverändert von 38% der Befragten als Grund zur Besorgnis betrachtet wird (50% im Herbst 2008).<sup>12</sup>

**QA8a Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?  
(MAX. 2 NENNUNGEN) - %EU**



<sup>11</sup> QA8a Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 ANTWORTEN) Kriminalität; Wirtschaftliche Lage; Steigende Preise\ Inflation; Steuern; Arbeitslosigkeit; Terrorismus; Verteidigung\ Außenpolitik; Wohnungsbau; Einwanderung; Gesundheitssystem; Bildungssystem; Renten; Umwelt; Energie

<sup>12</sup> Diese Frage wurde zum ersten Mal im Standard-Eurobarometer im Herbst 2008 gestellt (EB 70).

Zwischen den einzelnen Ländern bestehen diesbezüglich erhebliche Unterschiede: Die **Inflation** ist in mehreren Mitgliedstaaten ein schwerwiegender Grund zur Besorgnis und wird von mehr als der Hälfte der Befragten in Ungarn (57%), auf Malta (54%), in Österreich (52%) und Litauen (51%) genannt. In den nordeuropäischen Ländern weicht die diesbezügliche Meinung aber ganz deutlich ab. Hier wird die Inflation nur von höchstens 20% der Befragten als Problem genannt, das sie betroffen stimmt.

Die **wirtschaftliche Lage** ist die größte persönliche Sorge der Befragten in Griechenland (54%), Irland (41%) und Spanien (41%). Am häufigsten als Grund zur Sorge, wenn auch nicht in ganz so großem Umfang, wird dieses Problem unter anderen in Lettland (39%), Estland (33%, wie bei der Inflation) und Dänemark (24%) genannt.

## 2. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER

### 2.1 Befürwortung und Nutzen der EU-Mitgliedschaft

#### *- Die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft und deren wahrgenommener Nutzen gehen zurück -*

Die Fragen im Hinblick auf die Stabilität des Euros, die infolge der griechischen Schuldenkrise die öffentliche Diskussion bestimmten, sowie die Gefahr einer Ausweitung der Finanzprobleme auf weitere Länder haben sich scheinbar auf die Unterstützung der Europäer für die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union sowie den wahrgenommenen Nutzen dieser Mitgliedschaft niedergeschlagen. Die aktuellen Ergebnisse zeigen, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft auf 49% abgesunken ist (Rückgang von 4% seit Herbst 2009). Dieser Wert liegt sehr nahe am absoluten Tiefstwert des zurückliegenden Jahrzehnts. Der Anteil der Europäer, die die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union für eine schlechte Sache halten, ist seit dem Herbst 2009 von 15% auf gegenwärtig 18% angestiegen.<sup>13</sup>

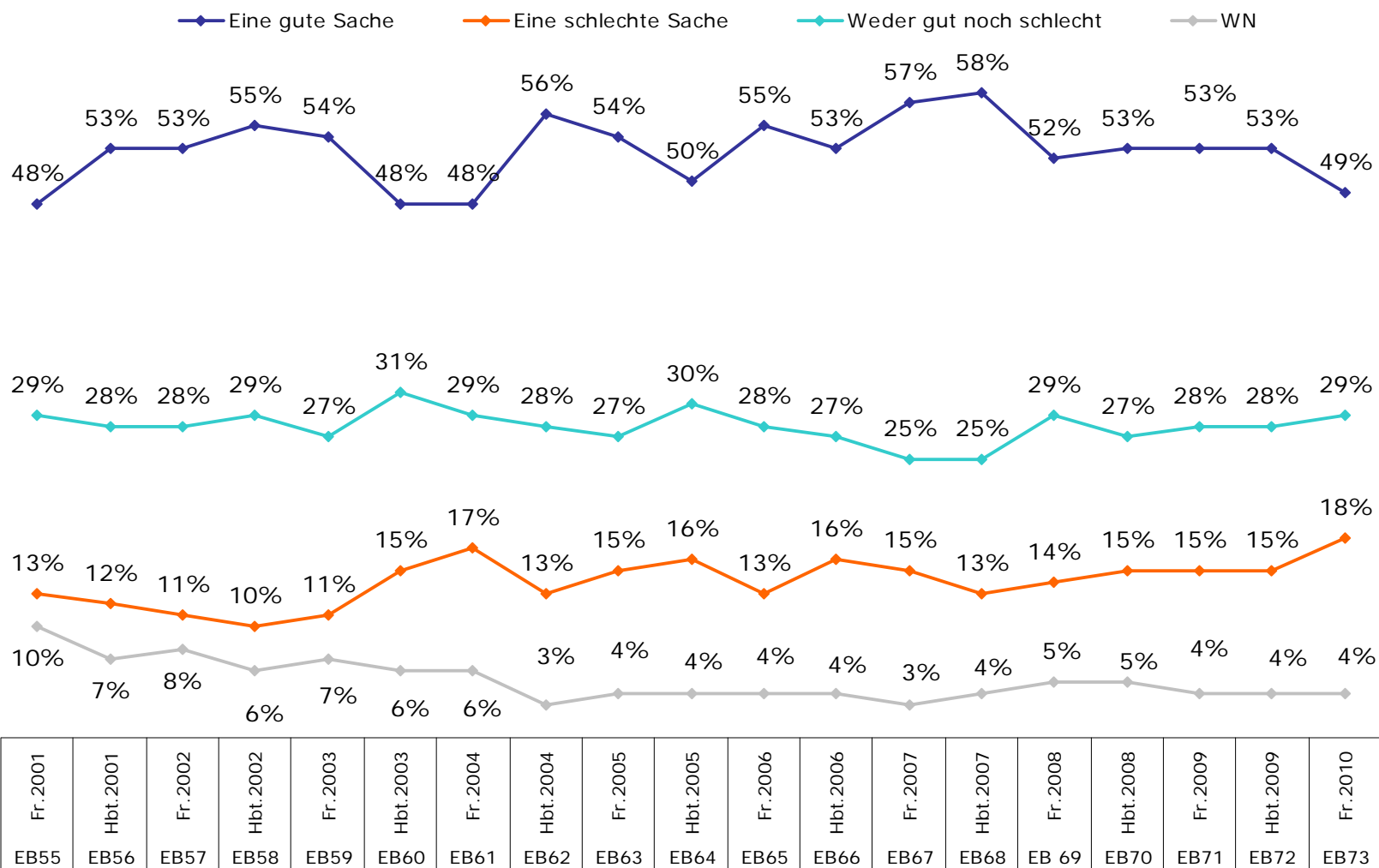
Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich auch beim wahrgenommenen Nutzen der EU-Mitgliedschaft: Nach Ansicht von 53% der Europäer habe das eigene Land insgesamt von der Mitgliedschaft profitiert (-4), wohingegen 35% der Befragten die Auffassung vertreten, dass das eigene Land aus der Mitgliedschaft keinerlei Nutzen gezogen hätte (+4).<sup>14</sup>

---

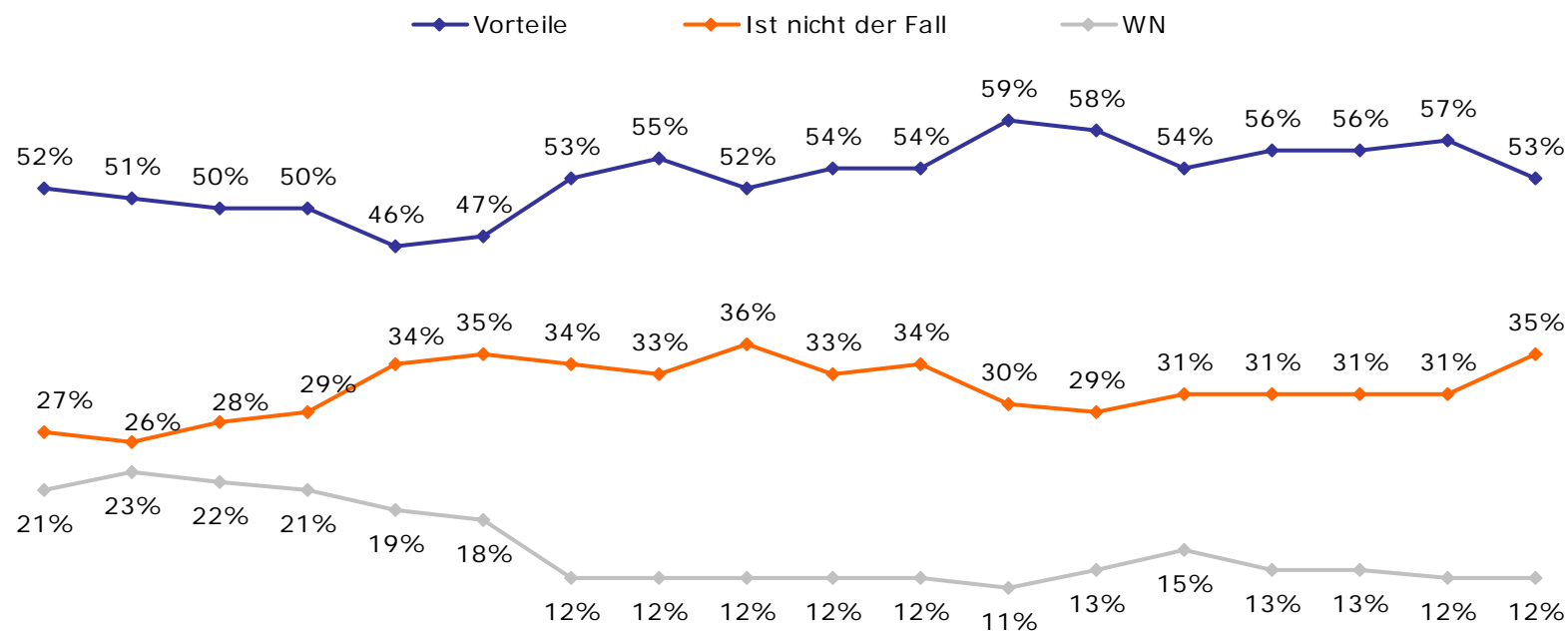
<sup>13</sup> QA9a Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach...? 1) Eine gute Sache 2) Eine schlechte Sache 3) Weder gut noch schlecht

<sup>14</sup> QA10a Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?

QA9a Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ...?  
- % EU



**QA10a Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall? - %EU**



Hbt. 2001	Fr. 2002	Hbt. 2002	Fr. 2003	Hbt. 2003	Fr. 2004	Hbt. 2004	Fr. 2005	Hbt. 2005	Fr. 2006	Hbt. 2006	Fr. 2007	Hbt. 2007	Fr. 2008	Hbt. 2008	Fr. 2009	Hbt. 2009	Fr. 2010
EB56	EB57	EB58	EB59	EB60	EB61	EB62	EB63	EB64	EB65	EB66	EB67	EB68	EB69	EB70	EB71	EB72	EB73

Die einzigen Länder, in denen die öffentliche Meinung zu diesen beiden Indikatoren positiver ausfällt, sind Ungarn, Lettland und in etwas geringerem Maße auch Malta und Polen.

QA9a Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach - -% "Eine gute Sache"				QA10a Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall? -% "Vorteile"			
	EB72 Hbt. 2009	EB73 Fr. 2010	Unt. Fr. 2010- Hbt. 2009		EB72 Hbt. 2009	EB73 Fr. 2010	Unt. Fr. 2010- Hbt. 2009
EU27	53%	49%	-4	EU27	57%	53%	-4
HU	34%	38%	+4	HU	38%	44%	+6
LV	23%	26%	+3	LV	37%	41%	+4
MT	45%	47%	+2	PL	74%	77%	+3
.	.	.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.	.	.
DE	60%	50%	-10	CY	50%	42%	-8
EE	62%	52%	-10	DE	57%	48%	-9
SI	50%	39%	-11	EL	71%	61%	-10
CY	46%	33%	-13	PT	64%	54%	-10
EL	61%	44%	-17	RO	66%	56%	-10

Während europaweit Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems ergriffen wurden, zu denen unter anderem auch das 750-Milliarden-Finanzpaket und spezifische Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzlage in Griechenland zählten, verzeichnete die Umfrage bei den Befragten in Griechenland den stärksten Rückgang bei der Unterstützung für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (-17 Prozentpunkte). Ebenso dramatisch fiel auch der Anteil der Befragten in Griechenland aus, die meinen, ihr Land habe von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert (-10 Prozentpunkte). Deutliche Rückgänge der Befragtenanteile sind auch auf Zypern (-13; -8) und in Deutschland (-10; -9) zu verzeichnen. Bei diesen Werten muss jedoch beachtet werden, dass die Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht vollständig in Kraft getreten waren.

Zum ersten Mal wurde die Befragung auch auf Island durchgeführt. Am 24. Februar 2010 gab die Europäische Kommission ihre Stellungnahme zum Antrag Islands auf Beitritt zur Europäischen Union ab.<sup>15</sup> Die vergangenen beiden Jahre bargen zahlreiche Herausforderungen für Island. Im Verlauf der weltweiten Finanzkrise kam es auf Island im Oktober 2008 zum Kollaps des Bankensystems, welcher auch von schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen begleitet war. Die Krise führte zu einer erheblichen Schrumpfung der Wirtschaft und brachte die Bevölkerung in ernste Bedrängnis. Dies gab den Ausschlag für eine Reihe politischer Entwicklungen.

<sup>15</sup> Stellungnahme der Kommission zum Antrag von Island auf Beitritt zur Europäischen Union: [http://ec.europa.eu/enlargement/press\\_corner/key-documents/opinion-iceland\\_2010\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/opinion-iceland_2010_de.htm)



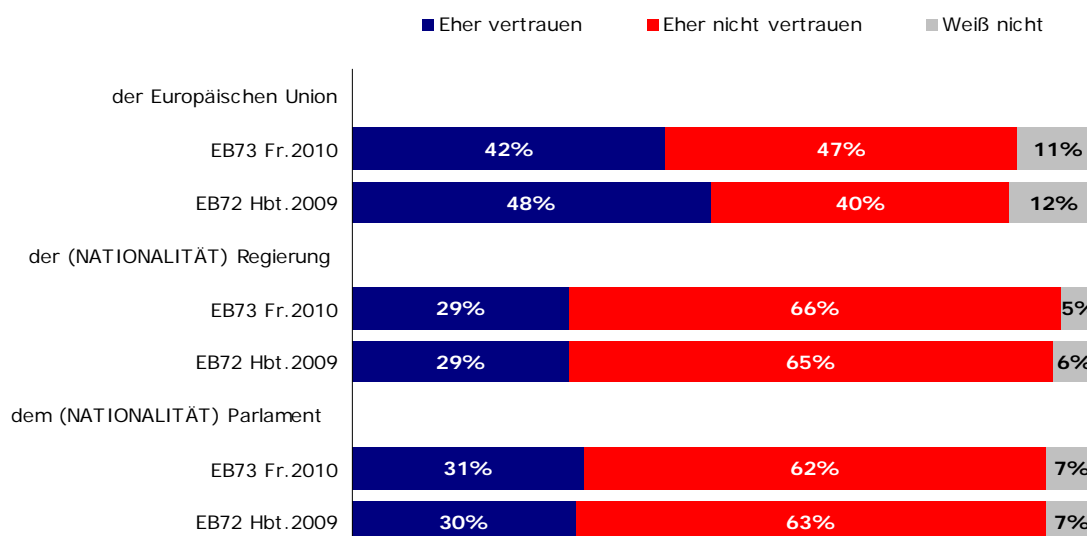
Die Umfrage lässt innerhalb der isländischen Öffentlichkeit lediglich eine geringe Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft erkennen: Nur 19% der Befragten auf Island halten die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache und gerade einmal 29% der Befragten hegen die Erwartung, dass ihr Land einen Nutzen aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union ziehen könne. Was den Beitritt zur Europäischen Union betrifft, ist die Haltung der Befragten auf Island zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher von großer Zurückhaltung geprägt.

## 2.2 Vertrauen in die Europäische Union, die nationale Regierung und das nationale Parlament

### *- Das Vertrauen in die EU hat abgenommen, bleibt aber weiterhin größer als das Vertrauen in nationale Institutionen -*

Nach der Untersuchung der Befürwortung und des wahrgenommenen Nutzens der EU-Mitgliedschaft wenden wir uns nun dem Vertrauen zu, das die europäischen Bürger in die EU, in die nationalen Regierungen und Parlamente setzen.<sup>16</sup> Die griechische Schuldenkrise und die sich in der Folge ergebenden Fragen im Hinblick auf die Stabilität des Euros sind möglicherweise nicht völlig schadlos am Vertrauen in die EU vorübergegangen. Während das Vertrauen in die nationalen Institutionen stabil geblieben ist, ist der Vertrauenswert der EU von 48% im Herbst 2009 auf 42% im Frühjahr 2010 gefallen. Mittlerweile überwiegt der Anteil der Europäer, der der EU eher kein Vertrauen schenkt (47%, +7 Punkte). Dennoch setzen nach wie vor bei weitem mehr Bürger ihr Vertrauen in die EU als in das Parlament im eigenen Land (31%; +1%) oder die eigene Regierung (29%, unverändert).

**QA14.2+3+4 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -**  
- % EU

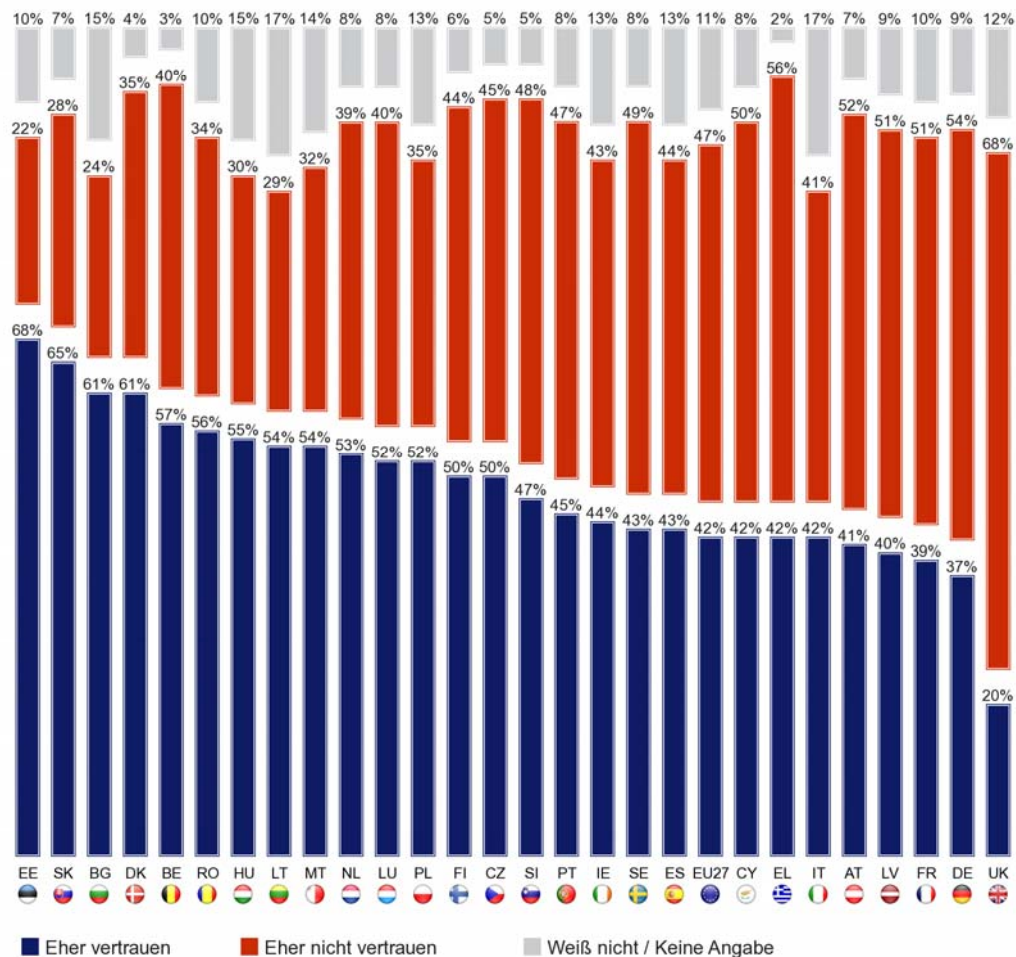


Das Vertrauen in die EU ist am stärksten in Estland (68%), in der Slowakei (65%), in Bulgarien und Dänemark (jeweils 61%). Gleichzeitig gibt es aber auch acht Länder, in denen die Mehrheit der Befragten der EU eher kein Vertrauen entgegenbringt: Zu den Ländern, in denen das Misstrauen überwiegt, zählen das Vereinigte Königreich mit einem Wert weit unter dem EU-Durchschnitt (68% gegenüber 20% der Befragten, die der EU vertrauen), gefolgt von Griechenland

<sup>16</sup> QA14 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit - 2. der (NATIONALITÄT) Regierung 3. dem (NATIONALITÄT) Parlament 4. der Europäischen Union

(56% gegenüber 42%), Deutschland (54% gegenüber 37%), Österreich (52% gegenüber 41%), Frankreich (51% gegenüber 39%), Lettland (51% gegenüber 40%), Zypern (50% gegenüber 42%) und Schweden (49% gegenüber 43%).

QA14.4. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -  
der Europäischen Union

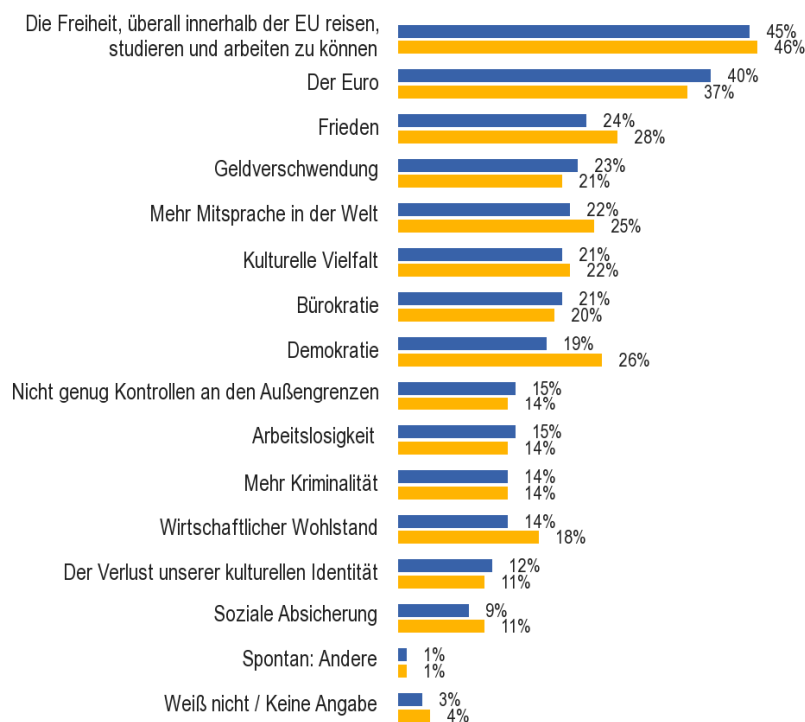


## 2.3 Was die Europäische Union den Menschen bedeutet

### - Die gegenwärtige Lage beeinflusst den Eindruck, den die Europäer von der EU haben -

Die Wirtschafts- und Finanzkrise wirkt sich scheinbar auch auf die Bedeutung der EU für den einzelnen europäischen Bürger aus:<sup>17</sup> Allgemein gilt, dass die positiven Aspekte nunmehr seltener genannt werden als noch vor sechs Monaten. Wirtschaftlicher Wohlstand (14%; -4) und ein größeres Mitspracherecht in der Welt (22%; -3) finden nun seltener Erwähnung. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der Nennungen gestiegen, die den Euro betreffen (40%; +3). Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können ist auch weiterhin der Inbegriff der Europäischen Union schlechthin (45%; -1). Gleichzeitig kam es aber seit Herbst 2009 zu verschiedenen Entwicklungen, die in engem Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage stehen: Die Assoziation mit Frieden (24%; -4) und Demokratie (19%; -7) ist schwächer geworden, während dem Eindruck, die EU sei reine Geldverschwendung, nun etwas häufiger Ausdruck verliehen wird (23%; +2).

QA16. Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?



EU27 
 EB73 Fr. 2010 
 EB72 Hbt. 2009

<sup>17</sup> QA16 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich? Frieden; Wirtschaftlicher Wohlstand; Demokratie; Soziale Absicherung; Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können; Kulturelle Vielfalt; Mehr Mitsprache in der Welt; Euro; Arbeitslosigkeit; Bürokratie; Geldverschwendung; Der Verlust unserer kulturellen Identität; Mehr Kriminalität; Nicht genug Kontrolle an den Außengrenzen

Beim Vergleich der Ländergruppen innerhalb und außerhalb der Euro-Zone treten grundlegende Unterschiede zu Tage: In den Ländern der Euro-Zone wird der Euro (49%) häufiger als die drei Grundfreiheiten (43%) genannt. Dies mag einen weiteren Hinweis auf das Ausmaß geben, in dem die Schuldenkrise die öffentliche Meinung prägte. In den Ländern außerhalb der Euro-Zone wird der Euro hingegen nur halb so oft (23%) und erst weit hinter den Grundfreiheiten (47%) genannt.

## QA16 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

	Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können	Der Euro	Frieden	Geldverschwendung	Mehr Mitsprache in der Welt	Kulturelle Vielfalt	Bürokratie	Demokratie	Arbeitslosigkeit	Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen	Wirtschaftlicher Wohlstand	Mehr Kriminalität	Der Verlust unserer kulturellen Identität	Soziale Absicherung
EU27	45%	40%	24%	23%	22%	21%	21%	19%	15%	15%	14%	14%	12%	9%
Eurozone	43%	49%	26%	26%	24%	23%	20%	19%	17%	15%	13%	15%	11%	10%
Nicht-Eurozone	47%	23%	21%	19%	19%	18%	21%	19%	13%	14%	15%	11%	12%	9%
BE	45%	<b>62%</b>	32%	29%	26%	25%	17%	23%	18%	20%	21%	23%	9%	13%
BG	<b>59%</b>	22%	22%	9%	15%	24%	8%	32%	12%	6%	26%	7%	8%	23%
CZ	<b>54%</b>	31%	23%	30%	24%	16%	28%	17%	20%	23%	14%	25%	15%	7%
DK	<b>61%</b>	26%	<b>44%</b>	14%	27%	25%	32%	27%	8%	<b>40%</b>	18%	33%	11%	9%
DE	52%	<b>53%</b>	41%	45%	22%	27%	39%	25%	20%	20%	12%	26%	12%	9%
EE	<b>71%</b>	30%	22%	14%	16%	24%	20%	14%	10%	8%	11%	8%	11%	11%
IE	<b>52%</b>	49%	17%	11%	23%	18%	13%	16%	13%	7%	<b>27%</b>	8%	15%	12%
EL	41%	<b>52%</b>	31%	19%	29%	17%	<b>10%</b>	16%	27%	15%	13%	15%	<b>20%</b>	18%
ES	32%	<b>48%</b>	<b>9%</b>	12%	16%	16%	11%	14%	12%	9%	16%	5%	<b>4%</b>	8%
FR	<b>47%</b>	44%	30%	30%	25%	<b>32%</b>	16%	14%	18%	16%	<b>7%</b>	6%	14%	6%
IT	33%	<b>42%</b>	15%	10%	28%	16%	<b>5%</b>	20%	12%	11%	13%	11%	9%	14%
CY	<b>62%</b>	46%	36%	20%	21%	29%	<b>11%</b>	30%	<b>46%</b>	23%	12%	45%	<b>24%</b>	<b>24%</b>
LV	<b>61%</b>	<b>13%</b>	16%	17%	<b>10%</b>	<b>13%</b>	18%	<b>10%</b>	21%	5%	8%	8%	6%	8%
LT	<b>66%</b>	14%	14%	14%	11%	17%	12%	16%	8%	<b>4%</b>	19%	7%	9%	9%
LU	<b>59%</b>	46%	41%	20%	32%	28%	14%	22%	9%	19%	18%	16%	8%	12%
HU	<b>48%</b>	25%	20%	11%	19%	20%	14%	25%	25%	12%	14%	16%	<b>4%</b>	8%
MT	<b>48%</b>	31%	20%	14%	31%	15%	8%	20%	12%	7%	22%	<b>3%</b>	10%	16%
NL	53%	<b>57%</b>	30%	16%	35%	20%	27%	14%	<b>5%</b>	16%	22%	13%	12%	7%
AT	46%	<b>62%</b>	29%	<b>52%</b>	23%	22%	40%	22%	37%	37%	15%	<b>50%</b>	21%	17%
PL	<b>57%</b>	24%	20%	<b>8%</b>	24%	15%	19%	18%	8%	5%	15%	5%	6%	7%
PT	31%	<b>42%</b>	<b>9%</b>	13%	18%	21%	6%	14%	28%	11%	10%	18%	11%	9%
RO	<b>53%</b>	36%	25%	12%	13%	15%	8%	<b>33%</b>	17%	8%	26%	11%	8%	17%
SI	53%	<b>56%</b>	25%	28%	19%	21%	23%	14%	22%	<b>11%</b>	15%	25%	15%	12%
SK	57%	<b>66%</b>	15%	17%	25%	18%	14%	20%	17%	9%	21%	22%	11%	10%
FI	<b>64%</b>	57%	23%	30%	14%	25%	37%	<b>10%</b>	7%	15%	12%	19%	7%	7%
SE	<b>68%</b>	21%	42%	36%	<b>37%</b>	28%	<b>43%</b>	25%	7%	21%	12%	18%	9%	<b>5%</b>
UK	<b>30%</b>	15%	16%	28%	15%	18%	26%	<b>10%</b>	12%	20%	11%	9%	20%	6%
Höchster Prozentsatz per Land										Niedrigster Prozentsatz per Land				
Höchster Prozentsatz per Nennung										Niedrigster Prozentsatz per Nennung				

In diesem Zusammenhang muss auch angemerkt werden, dass die ersten beiden Antworten auf Ebene der Europäischen Union – **die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können** und **der Euro** - auch die Aspekte sind, die die Bürger jeweils in allen befragten Ländern am häufigsten mit der Europäischen Union in Verbindung bringen:

**Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können**, wird in 17 Ländern und dabei insbesondere in den Ländern Ost-, Mittel- und Nordeuropas an erster Stelle genannt.

**Der Euro** rangiert in den zehn weiteren Mitgliedstaaten der EU, bei denen es sich durchweg um Mitglieder der Euro-Zone handelt, an erster Stelle der Antworten.




Die Antworten der Befragten auf Island, welchen diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde, weichen etwas vom Muster der Antworten innerhalb der Europäischen Union ab: Zwar ähneln sich die Antworten in den ersten beiden Bereichen, an dritter Stelle aber folgt die Bürokratie (37% gegenüber 21% auf Ebene der EU). Weiterhin werden auf Island auch andere negativ konnotierte Antwortvorgaben häufiger genannt: Hierzu zählen der Verlust der kulturellen Identität (23% gegenüber 12%), die höhere Kriminalität (20% gegenüber 14%) und die unzureichende Kontrolle der Außengrenzen (20% gegenüber 15%). Im Gegensatz dazu werden Frieden (17% gegenüber 24%), ein stärkeres Mitspracherecht in der Welt (14% gegenüber 22%) und Demokratie (10% vs. 19%) auf Island seltener genannt.

Betrachtet man die Ergebnisse aus soziologischer Perspektive zeigt sich interessanterweise, dass die Bürger, die den Euro als Inbegriff der Europäischen Union betrachten, sehr gleichmäßig und quer durch alle sozialen Gruppen innerhalb der europäischen Bevölkerung vertreten sind. Auf diese Frage lassen sich keine bedeutsamen Unterschiede zwischen den einzelnen sozialen Gruppen feststellen.

Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können, hingegen, wird vor allem von den jüngeren, wohlhabenderen und in sozioökonomischer Hinsicht besser gestellten Bürgern geschätzt. Diese Freiheit wurde zum Beispiel von 61% der Studenten, 54% der Befragten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren und 58% der leitenden Angestellten genannt. Im Vergleich dazu waren es bei den Hausfrauen und Hausmännern 35%, bei den Rentnern 36% und 39% bei den Arbeitslosen.

Abschließend muss in Bezug auf die negativen Bedeutungen von Europa erwähnt werden, dass die Vorstellung eines bürokratischen Europa und die Vorstellung eines Europas, in dem das Geld verschwendet wird, nicht an dieselben sozialen Determinanten gebunden sind. Die Vorstellung eines Europas, in dem das Geld verschwendet wird, ist viel stärker bei jener Gruppe der Befragten verwurzelt, die die kürzeste Zeit im Bildungssystem verblieben ist (29%), als bei denjenigen, die am längsten in Vollzeitausbildung waren (20%). Dies gilt gleichermaßen für jene Bürger, die sich selbst am unteren Ende der sozialen Hierarchie einordnen (29%), im Vergleich zu denjenigen am oberen Ende, sowie für Arbeiter (26%) im Vergleich zu leitenden Angestellten (19%). Das Thema Bürokratie wird hingegen gegensätzlich beurteilt: Die Vorstellung eines bürokratischen Europas ist beispielsweise bei den Befragten mit dem höchsten Bildungsabschluss (26%) weiter verbreitet als bei denjenigen, die die geringste Zeit im Bildungssystem verblieben sind (17%). Ähnliches gilt für die leitenden Angestellten (29%) im Vergleich zu den Arbeitern (20%).

## QA16 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

	Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können	Der Euro	Frieden	Geldversch wendung	Mehr Mitsprache in der Welt	Kulturelle Vielfalt	Bürokratie
EU27	45%	40%	24%	23%	22%	21%	21%
<b>Alter</b>							
 15-24	54%	40%	21%	14%	23%	25%	13%
25-39	49%	43%	21%	19%	23%	24%	19%
40-54	45%	41%	24%	26%	23%	21%	23%
55 +	37%	37%	28%	28%	21%	17%	23%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>							
 15-	29%	39%	22%	29%	15%	12%	17%
16-19	43%	39%	23%	26%	22%	19%	21%
20+	56%	42%	29%	20%	29%	31%	26%
Studiert noch	61%	42%	26%	12%	26%	29%	13%
<b>Berufliche Situation der Befragten</b>							
 Selbstständige	47%	42%	21%	21%	27%	21%	22%
Leitende Angestellte	58%	43%	30%	19%	27%	32%	29%
Andere Angestellte	48%	44%	22%	21%	25%	22%	21%
Arbeiter	44%	40%	21%	26%	20%	20%	20%
Hausfrauen / -männer	35%	43%	17%	21%	18%	16%	14%
Arbeitslose	39%	37%	18%	24%	17%	17%	20%
Rentner / Pensionäre	36%	36%	30%	29%	20%	17%	22%
Schüler / Studenten	61%	42%	26%	12%	26%	29%	13%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>							
Niedrig (1-4)	38%	38%	20%	29%	16%	18%	19%
Mittel (5-6)	46%	40%	25%	23%	22%	21%	21%
Hoch (7-10)	50%	42%	27%	19%	30%	24%	21%



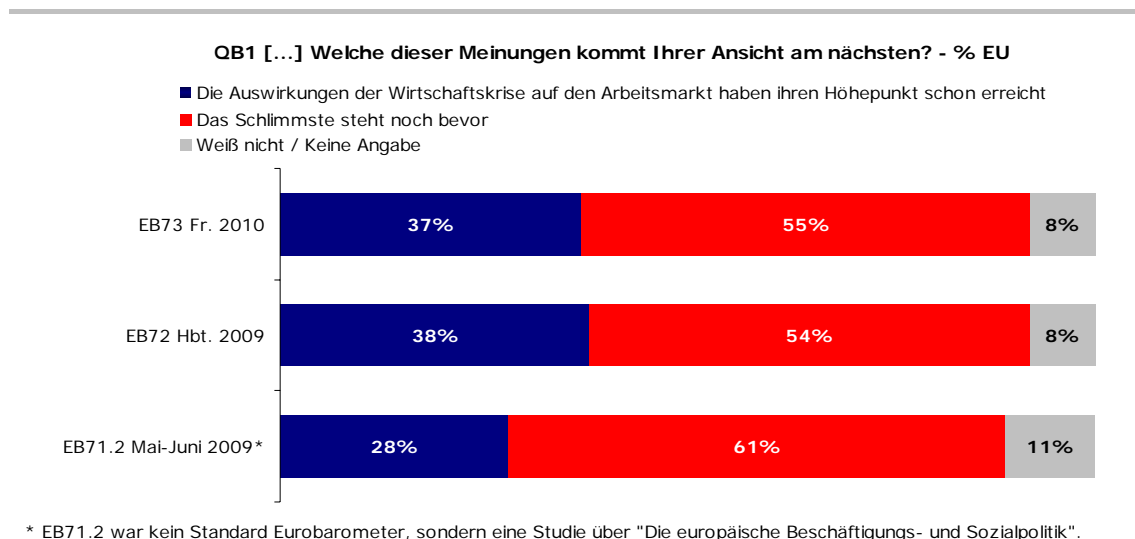
### 3. DIE EUROPÄER UND DIE KRISE

#### 3.1 Die Wirtschaftskrise: Hat sie den Höhepunkt bereits überschritten oder steht das Schlimmste noch bevor?

**- Die Mehrheit der Europäer geht weiterhin davon aus, dass das Schlimmste noch kommt -**

In den vergangenen Jahren beobachtete das Eurobarometer die Folgen der Wirtschaftskrise sehr genau. Während die Krise ihren Lauf nahm, waren die Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage von zunehmendem Pessimismus geprägt. Kurz nachdem die Rezession im dritten Quartal 2009 scheinbar zurückgegangen war, sorgte die Schuldenkrise im Frühjahr 2010 erneut für große Bestürzung. Die aktuelle Umfrage untersucht die öffentliche Meinung nach diesem von der Krise geprägten Frühjahr.<sup>18</sup>

Man kann wohl zu der Annahme neigen, dass sich die öffentliche Meinung genau wegen dieser noch frischen Erinnerung an ein unerwartetes Zusammentreffen von wirtschaftlicher Erholung und Schuldenkrise insgesamt betrachtet seit Herbst 2009 nicht verändert hat. Das Gefühl, dass das Schlimmste noch bevorsteht, beherrscht weiterhin die öffentliche Meinung (55%; +1), während nur knapp mehr als ein Drittel der Europäer (37%; -1) davon ausgeht, dass die Auswirkungen der Krise auf die Situation am Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht haben.

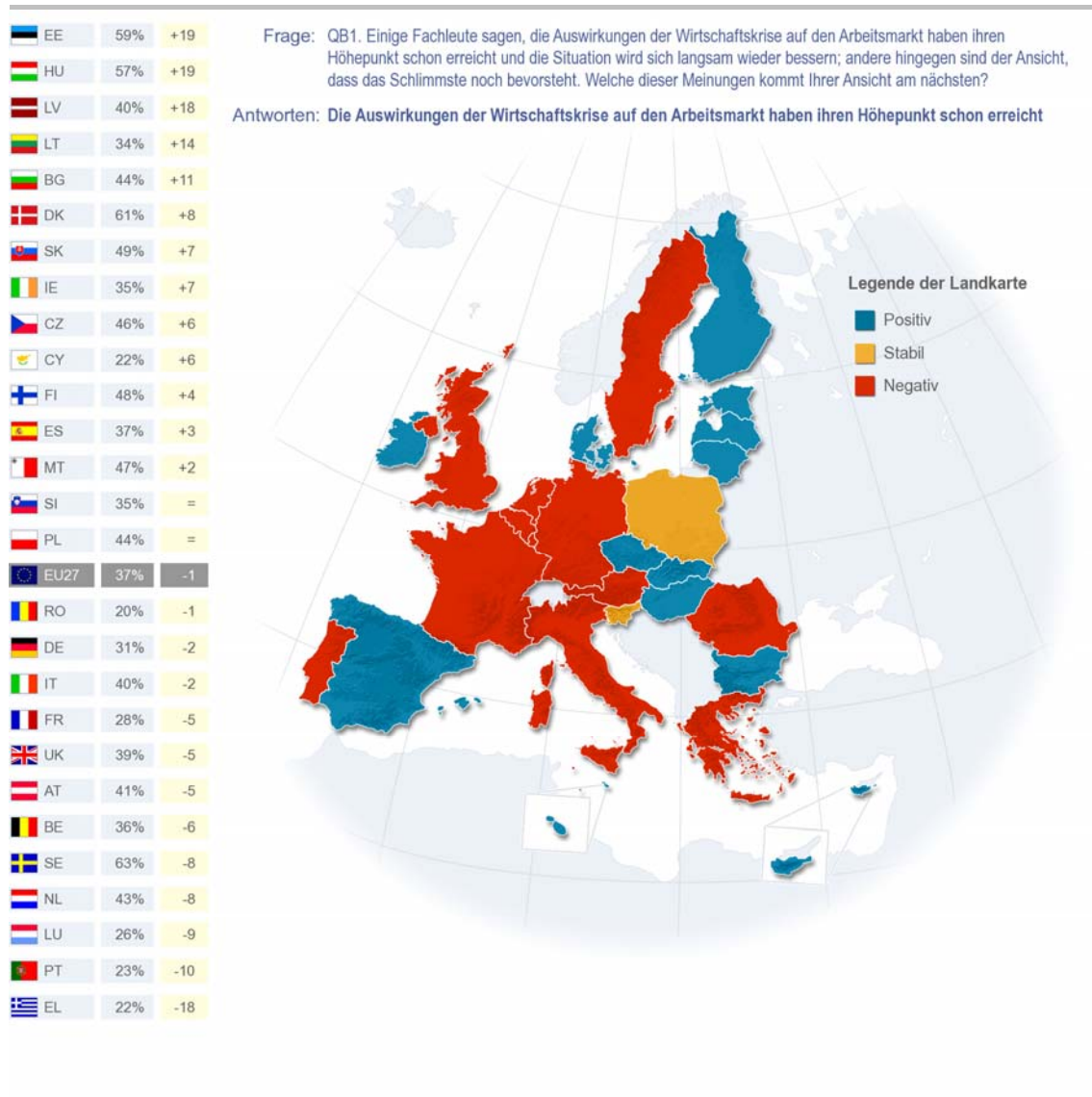


Tatsächlich aber basiert das insgesamt stabil erscheinende Meinungsbild auf großen Unterschieden zwischen den Ländern, bei denen sich Zugewinne und Verluste in der Summe ausgleichen. Diese großen Länderunterschiede bei der öffentlichen Meinung spiegeln sehr genau die gegenwärtige Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten der

<sup>18</sup> QB1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

Europäischen Union im Hinblick auf Wahlzyklen und Wirtschaftsleistung wider: Während sich der wirtschaftliche Aufschwung für einige schon wieder klar und deutlich am Horizont abzeichnet, liegt er für andere noch immer in weiter Ferne.<sup>19</sup>

Die Umfrage zeigt, dass in Estland, Ungarn (jeweils +19) und Lettland (+18) mittlerweile erheblich mehr Bürger davon ausgehen, dass die Auswirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben. Im Gegensatz hierzu hat sich das Gefühl der Zuversicht am stärksten bei den Befragten in Griechenland (-18) und Portugal (-10) verringert.



Wie die Untersuchung ergibt, ist die Mehrheit der Europäer (55%) eher skeptisch, was die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt anbelangt. Die soziodemografische Analyse der Ergebnisse zeigt diesbezüglich jedoch bestimmte Abweichungen zwischen den Antworten der Befragten aus unterschiedlichen sozialen Gruppen auf.

<sup>19</sup> EU-Wirtschaftsprognose Frühjahr 2010:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2010/pdf/ee-2010-2\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-2_en.pdf)



Der Pessimismus der Europäer scheint mit höherem Lebensalter größer zu werden: 57% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber geben an, dass das Schlimmste noch bevorstehe, während es bei denjenigen, die zwischen 15 und 24 Jahre alt sind, nur 48% der Befragten sind.

Auch spielt die Zugehörigkeit zu einer in sozioökonomischer Hinsicht besser gestellten Gruppe eine Rolle: Bei den leitenden Angestellten und Angestellten sind es 51% bzw. 50%, die der Meinung sind, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Bei den Befragten, die zurzeit nicht in einem bezahlten Beschäftigungsverhältnis stehen sowie den Hausfrauen und Hausmänner sind dies 64% bzw. 62%.

Ähnlich wird diese pessimistische Erwartungshaltung von 47% der Europäer geteilt, die sich selbst an der Spitze der sozialen Hierarchie einordnen, während es bei denjenigen, die sich selbst dem unteren Ende der sozialen Skala zurechnen, 66% der Befragten sind. Ebenso verhält es sich bei den Befragten, die fast nie Probleme mit dem Bezahlen der eigenen Rechnungen haben (51%). Im Gegensatz dazu rechnen 68% der Befragten, die die eigenen Rechnungen nur mit Mühe bezahlen können, auch weiterhin mit dem Schlimmsten.

Interessanterweise unterscheiden sich die Antworten auf diese Frage auch nach der politischen Orientierung der Befragten: Bürger mit politischen Einstellungen links der Mitte, neigen weitaus häufiger zu Pessimismus (60%) als diejenigen, deren politische Einstellung eher rechts der Mitte zu verorten ist (50%).

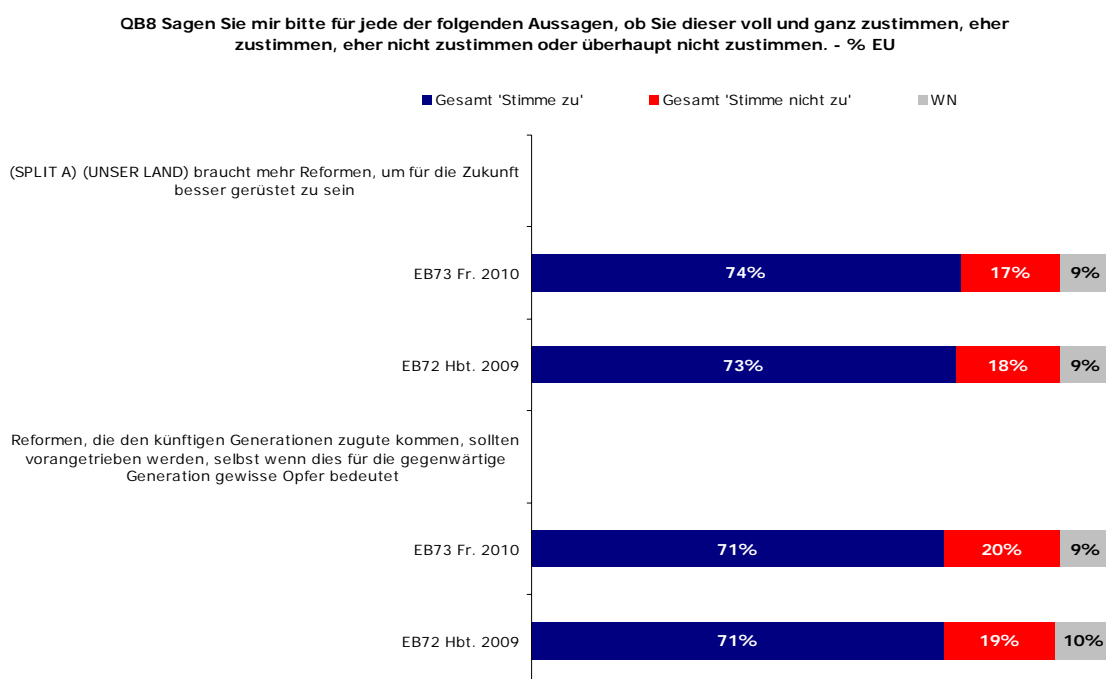
**QB1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?**

	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt	Das Schlimmste steht noch bevor	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	37%	55%	8%
<b>Alter</b>			
 15-24	43%	48%	9%
25-39	39%	53%	8%
40-54	35%	58%	7%
55 +	33%	57%	10%
<b>Berufliche Situation der Befragten</b>			
 Selbstständige	38%	55%	7%
Leitende Angestellte	43%	51%	6%
Andere Angestellte	41%	50%	9%
Arbeiter	37%	56%	7%
Hausfrauen / -männer	29%	62%	9%
Arbeitslose	28%	64%	8%
Rentner / Pensionäre	33%	57%	10%
Schüler / Studenten	46%	43%	11%
<b>Links-Rechts Skala</b>			
(1-4) Links	33%	60%	7%
(5-6) Zentrum	39%	53%	8%
(7-10) Rechts	44%	50%	6%
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>			
Meistens	24%	68%	8%
Gelegentlich	32%	59%	9%
Nahezu nie	41%	51%	8%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>			
Niedrig (1-4)	25%	66%	9%
Mittel (5-6)	38%	54%	8%
Hoch (7-10)	46%	47%	7%

### 3.2 Die Einstellungen der Europäer zu Reformen

#### *- Um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können, sind Reformen und Opfer notwendig -*

Die Europäer sind nicht nur der Meinung, dass die Auswirkungen der Krise auch weiterhin zu spüren sein werden. Ebenso sind sie davon überzeugt, dass im eigenen Land Reformbedarf bestehe, um für zukünftige Entwicklungen gerüstet zu sein (74%)<sup>20</sup> und dass diese Reformen auch dann eingeleitet werden sollten, wenn dies der gegenwärtigen Generation gewisse Opfer abverlangt (71%)<sup>21</sup>. Diese Ergebnisse sind seit dem Herbst 2009 unverändert stabil geblieben.



Bei der Analyse der Ergebnisse auf nationaler Ebene treten prägnante Unterschiede hervor: Die Befragten in Spanien (91%), Finnland (87%), Belgien (83%), Bulgarien und dem Vereinigten Königreich (jeweils 82%) **sprechen sich sehr deutlich für weitere Reformen aus**. Auch in Frankreich (56%), der Slowakei und Litauen (jeweils 62%) sowie Dänemark (64%) melden die Befragten, wenn auch in etwas geringerem Maße, weiteren Reformbedarf an.

<sup>20</sup> Hierbei ist zu beachten, dass diese Frage nur einer Hälfte der Befragten gestellt wurde (gegabelte Befragung).

<sup>21</sup> QB8 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. 3. Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, sollten vorangetrieben werden, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet 4. (UNSER LAND) braucht mehr Reformen, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein

Daneben ist zu erkennen, dass die Ergebnisse innerhalb der EU insgesamt stabil geblieben sind. Nur in einigen Ländern treten merklich abweichende Entwicklungen zu Tage: Die Befragten in Griechenland sind mittlerweile weniger an weiteren Reformen interessiert (70%, -18 Prozentpunkte). Verstärkt hat sich die Unterstützung für Reformen dagegen in Luxemburg (71%, +8), Ungarn (73%, +8) und auf Malta (80%, +8).

































Am deutlichsten zeigen sich die nationalen Unterschiede, wenn es darum geht, ob **Reformen auch dann eingeleitet werden sollten, wenn diese der gegenwärtigen Generation Opfer abverlangen**: Am stärksten ist die generationenüberschreitende Solidarität in den nordeuropäischen Ländern: In Finnland (88%), Dänemark und Schweden (jeweils 87%) und in etwas geringerem Maße auch in Lettland und Litauen (jeweils 45%). Der Wunsch nach Reformen, von denen zukünftige Generationen profitieren werden, ist, wenn auch mittlerweile in geringerem Umfang, weiterhin weit verbreitet in Griechenland (68%, -10) und noch häufiger anzutreffen bei den Befragten in Irland (72%, +9) und auf Malta (70%, +8).

### 3.3 Öffentliche Defizite

#### - Senkung öffentlicher Defizite: Notwendigkeit oder Grund zur Besorgnis? -

Die Umfrage zeigt, dass eine große Mehrheit der Europäer (74%) der Meinung ist, dass Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung im eigenen Land keinen Aufschub dulden.<sup>22</sup>

QB8.8 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.  
(SPLIT A) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) dulden keinen Aufschub

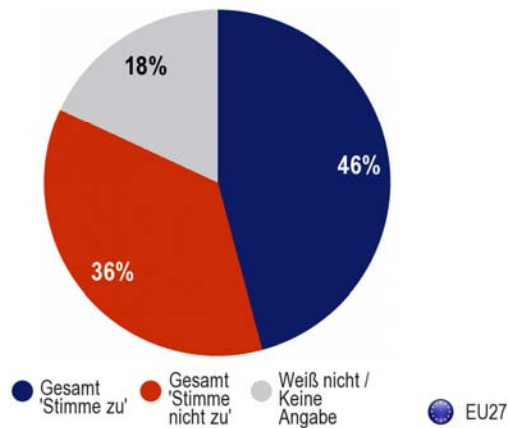
		Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	WN
	EU27	74%	15%	11%
	SE	85%	10%	5%
	HU	84%	12%	4%
	DE	83%	12%	5%
	BE	82%	14%	4%
	CY	82%	6%	12%
	CZ	80%	13%	7%
	EL	80%	15%	5%
	SI	80%	13%	7%
	MT	79%	8%	13%
	FI	79%	12%	9%
	UK	79%	11%	10%
	AT	78%	18%	4%
	SK	78%	12%	10%
	NL	77%	17%	6%
	DK	76%	16%	8%
	IE	76%	12%	12%
	IT	76%	15%	9%
	LU	71%	20%	9%
	ES	69%	14%	17%
	LV	69%	20%	11%
	PL	66%	15%	19%
	FR	65%	21%	14%
	EE	62%	21%	17%
	LT	62%	19%	19%
	BG	59%	10%	31%
	PT	59%	22%	19%
	RO	56%	19%	25%
	HR	77%	15%	8%
	TR	55%	17%	28%
	MK	55%	22%	23%
	IS	76%	17%	7%

<sup>22</sup> QB8.8 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) dulden keinen Aufschub. Diese Frage wurde der Hälfte der Befragten gestellt, welche nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden.

Gleichzeitig gibt es aber auch eine relative Mehrheit von Europäern (46%), die mit der Aussage einverstanden sind, dass es bei einer internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise notwendig ist, öffentliche Defizite zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu erhöhen.<sup>23</sup>

QB9.2. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.










Bei einer internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich, das öffentliche Defizit zu erhöhen



<sup>23</sup> Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Bei einer internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich, das öffentliche Defizit zu erhöhen

Die Zustimmung für eine Erhöhung öffentlicher Defizite zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist dabei nicht in allen Ländern gleichermaßen verbreitet. Insbesondere zeigt die Umfrage, dass sich die öffentliche Meinung in Ländern, in denen erst kürzlich Reformen eingeleitet wurden (Griechenland und Deutschland) und Ländern, in denen diese gegenwärtig auf der politischen Tagesordnung stehen (Niederlande), stärker gegen eine derartige Erhöhung der öffentlichen Defizite wendet.

**QB9.2 (...) Bei einer internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich, das öffentliche Defizit zu erhöhen**

		Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Länder mit den stärksten positiven und negativen Unterschieden von Gesamt 'Stimme zu' - Gesamt 'Stimme nicht zu'
	EU27	46%	36%	+10
	Eurozone	41%	42%	-1
	Nicht-Eurozone	55%	27%	+28
	SK	66%	21%	+45
	SE	66%	25%	+41
	IE	58%	18%	+40
	FI	65%	25%	+40
	:	:	:	:
	LV	35%	48%	-13
	NL	37%	51%	-14
	DE	37%	52%	-15
	EL	37%	53%	-16

All diese Ergebnisse deuten auf den Umstand hin, dass sich die Europäer bei der Frage, wie der wirtschaftliche Aufschwung am besten wieder anzukurbeln sei, scheinbar nicht ganz sicher sind. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist dies eine Folge der allgemeinen Sorge über die Arbeitslosigkeit, die im vorliegenden Bericht bereits angesprochen wurde.<sup>24</sup>

<sup>24</sup> Kapitel 1.2: Hauptsorgen auf nationaler Ebene (Seite 10).



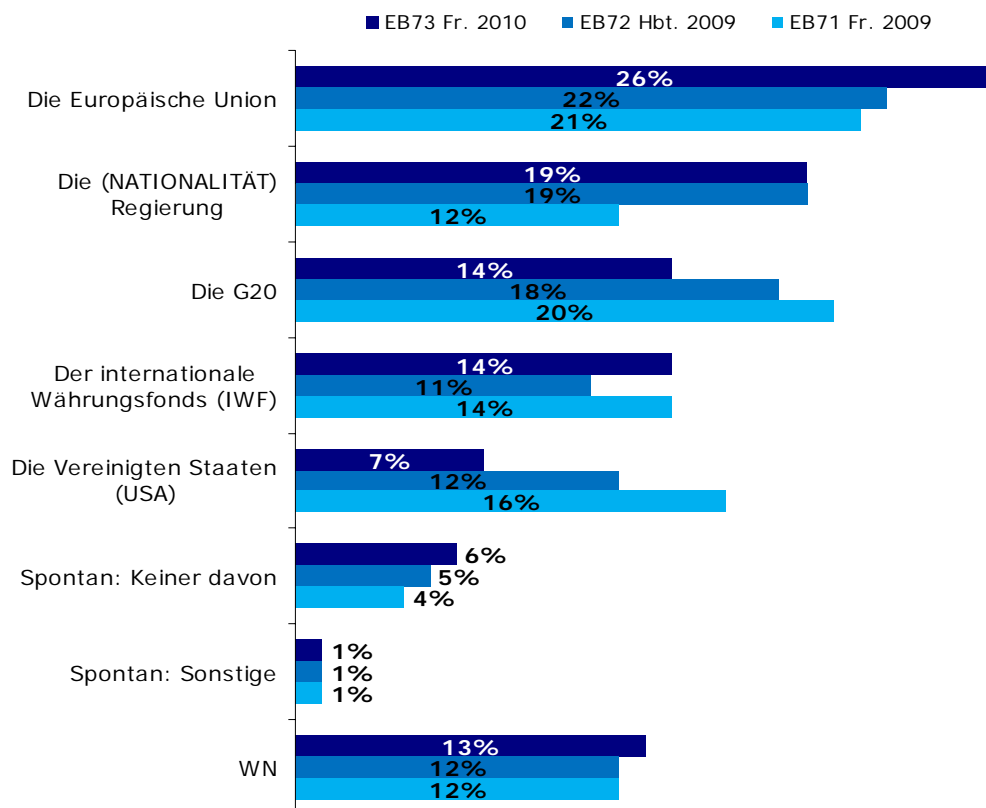
## 4. DIE WAHRNEHMUNG DER ROLLE DER EUROPÄISCHEN UNION BEI DER BEWÄLTIGUNG DER KRISE

### 4.1 Im Vergleich zu anderen internationalen Akteuren

#### - Stärkere Unterstützung für EU und IWF -

Trotz des bereits erwähnten Vertrauensverlustes gehen die Befragten nun häufiger als noch im Herbst 2009 davon aus, dass die Europäische Union am besten dazu in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen. Die aktuellen Ergebnisse lassen erkennen, dass die Öffentlichkeit vermehrt von der Annahme ausgeht, dass die Europäische Union in der Tat der am besten für diese Aufgabe geeignete Akteur ist (26%; +4).<sup>25</sup> Gleichmaßen ist das Vertrauen in den Internationalen Währungsfonds (IWF) (14%; +3) gestiegen. Möglicherweise ist dies ein Indiz dafür, dass die von beiden Akteuren ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der griechischen Schuldenkrise in der Öffentlichkeit Unterstützung finden.

**QB3a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen? - % EU (SPLIT A)**



<sup>25</sup> QB3a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen? (ROTIEREN) Die (NATIONALITÄT) Regierung; Die Europäische Union; Die Vereinigten Staaten; Die G20; Der Internationale Währungsfonds (IWF) – Die Befragten konnten nur eine Antwort wählen. Diese Frage wurde der Hälfte der Befragten (Split A) gestellt, welche dabei nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden.

Die Annahme, dass die EU am besten in der Lage sei, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen, wird am häufigsten von den Befragten in Belgien (36%) und Polen (35%) vertreten. Mit 33% der Befragten, die diese Annahme teilen, findet sich der viertgrößte Anteil in Griechenland sowie in Spanien, Italien, Luxemburg und auf Malta. In Griechenland kommt dieser Wert dabei trotz der Tatsache zustande, dass dort viele Befragte (56%) Europäischen Union kein oder wenig Vertrauen schenken.

**Die Europäische Union** wird in den meisten Ländern von einer Mehrheit der Befragten als der am besten geeignete Akteur zur Ergreifung wirksamer Maßnahmen gesehen. Eine Ausnahme hierzu bilden die Tschechische Republik (G20: 36%), Lettland (G20: 22%), Ungarn (G20: 28%), die Niederlande (G20: 34%), Rumänien (die nationale Regierung: 42%), Finnland (IWF: 30%), das Vereinigte Königreich (die nationale Regierung: 35%) und Schweden (die nationale Regierung: 28%).

**QB3a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen? (SPLIT A)**

	Die Europäische Union	Die (NATIONALITÄT) Regierung	Die G20	Der internationale Währungsfonds (IWF)	Die Vereinigten Staaten (USA)
EU27	26%	19%	14%	14%	7%
BE	<b>36%</b>	10%	17%	19%	9%
BG	<b>30%</b>	23%	15%	8%	4%
CZ	13%	7%	<b>36%</b>	15%	14%
DK	<b>19%</b>	14%	16%	17%	<b>19%</b>
DE	<b>27%</b>	12%	20%	16%	5%
EE	<b>28%</b>	14%	18%	12%	6%
IE	<b>29%</b>	24%	6%	13%	9%
EL	<b>33%</b>	27%	7%	9%	4%
ES	<b>33%</b>	16%	9%	14%	11%
FR	<b>22%</b>	19%	14%	16%	6%
IT	<b>33%</b>	17%	7%	11%	9%
CY	<b>34%</b>	19%	12%	17%	4%
LV	19%	19%	<b>22%</b>	10%	9%
LT	<b>29%</b>	16%	12%	10%	10%
LU	<b>33%</b>	14%	19%	14%	5%
HU	24%	15%	<b>28%</b>	14%	8%
MT	<b>33%</b>	<b>33%</b>	7%	9%	5%
NL	22%	10%	<b>34%</b>	20%	4%
AT	<b>23%</b>	20%	9%	19%	6%
PL	<b>35%</b>	13%	9%	13%	7%
PT	<b>28%</b>	11%	8%	6%	12%
RO	24%	<b>42%</b>	9%	6%	5%
SI	<b>32%</b>	11%	11%	15%	8%
SK	<b>32%</b>	10%	22%	17%	5%
FI	22%	13%	17%	<b>30%</b>	10%
SE	21%	<b>28%</b>	18%	14%	4%
UK	9%	<b>35%</b>	13%	13%	8%

Höchster Prozentsatz per Land

Niedrigster Prozentsatz per Land

Höchster Prozentsatz per Nennung

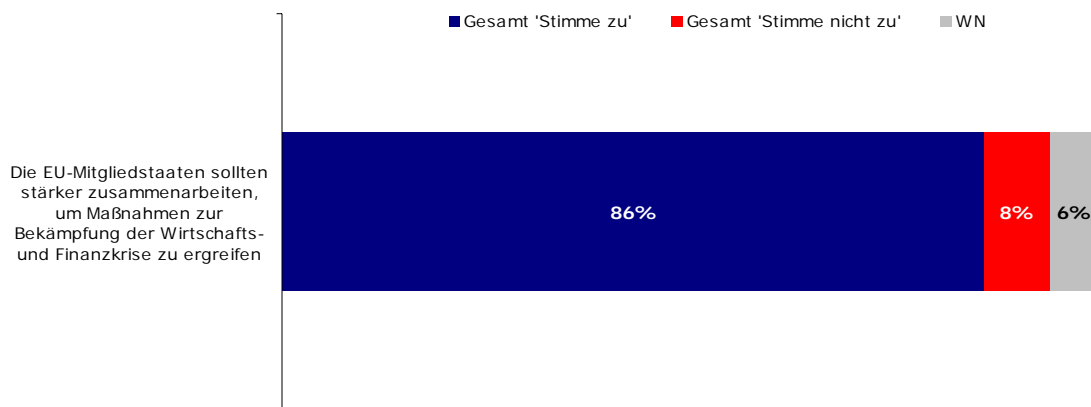
Niedrigster Prozentsatz per Nennung

## 4.2 Verstärkter Bedarf nach mehr Zusammenarbeit

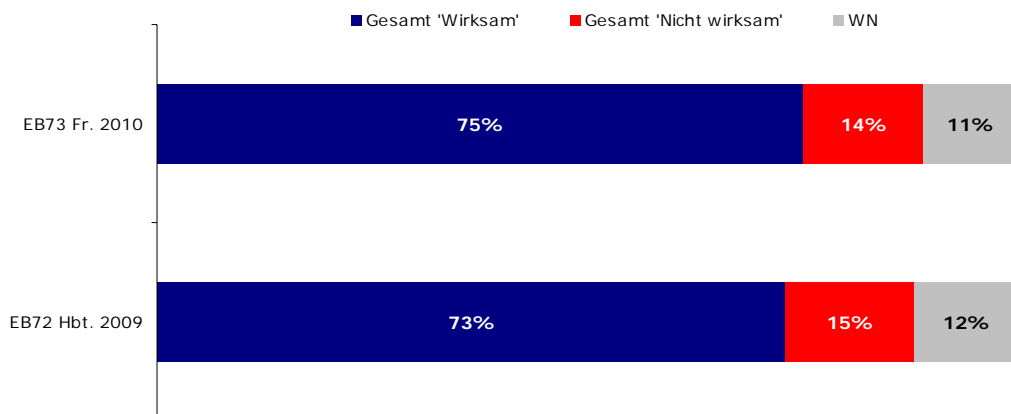
### - Starker Wunsch nach mehr Koordination ... -

Die europäische Öffentlichkeit plädiert für mehr Koordination zwischen den Mitgliedstaaten: 86% der Befragten stimmen für eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise.<sup>26</sup> Zudem halten 75% eine stärkere Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten für ein wirksames Mittel zur Krisenbekämpfung.<sup>27</sup>

QB8.6 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. - % EU



QB10.3 Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie zur Bekämpfung der derzeitigen Krise für wirksam halten oder nicht. Dass die Mitgliedstaaten der EU ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen. - % EU



<sup>26</sup> QB8.6 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten stärker zusammenarbeiten, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen

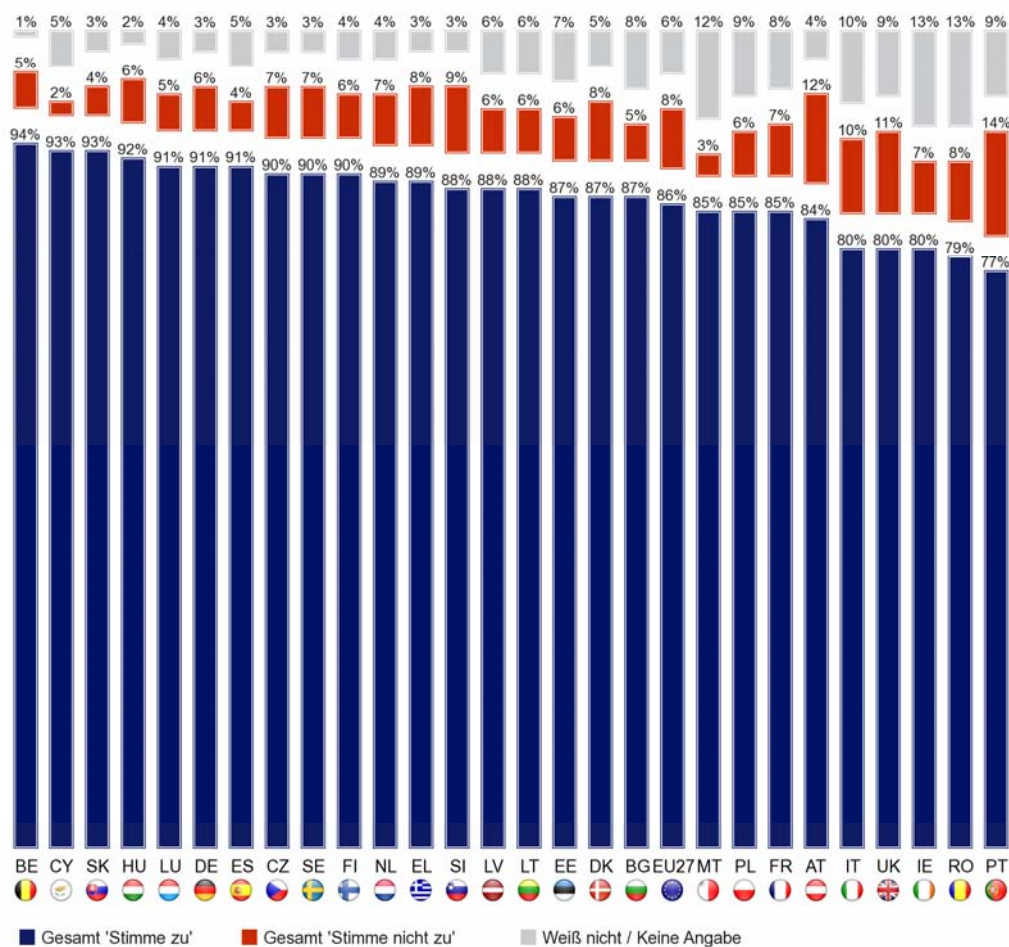
<sup>27</sup> QB10.3 Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie zur Bekämpfung der derzeitigen Krise für wirksam halten oder nicht. Dass die Mitgliedstaaten der EU ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen – 1) Sehr wirksam 2) Ziemlich wirksam 3) Nicht sehr wirksam 4) Überhaupt nicht wirksam

In Belgien, in der Slowakei, auf Zypern, in Griechenland und Deutschland wird die Forderung nach mehr Abstimmung zwischen den Ländern bei der Bekämpfung der Krise dabei besonders laut: In diesen Ländern äußern die Befragten am häufigsten ihre Zustimmung zur Aussage, dass die EU-Mitgliedstaaten stärker zusammenarbeiten sollten, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen. Zudem sind die Befragten in diesen Ländern generell von der Wirksamkeit einer verstärkten Abstimmung der Finanz- und Wirtschaftspolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten überzeugt.

So wird die Idee, dass **die EU-Mitgliedstaaten stärker zusammenarbeiten sollten, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen**, von mehr als neun von zehn Befragten in Belgien (94%), auf Zypern und in der Slowakei (jeweils 93%), in Ungarn (92%) sowie Luxemburg, Deutschland und Spanien (jeweils 91%) unterstützt. 85% Prozent der Befragten in Frankreich und jeweils 80% in Italien und dem Vereinigten Königreich befürworten diese Idee.

QB8.6. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.





























(NUR IN EU27) Die EU-Mitgliedstaaten sollten stärker zusammenarbeiten, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen



Dementsprechend finden sich auch die größten Anteile der Befragten, die davon ausgehen, dass **eine verstärkte Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen allen EU-Mitgliedsstaaten wirksam sein würde**, in der Slowakei (89%), in Belgien und auf Zypern (jeweils 87%), in Deutschland (85%), in den Niederlanden und Griechenland (jeweils 84%).

Auf Ebene der Europäischen Union sind die Ergebnisse seit dem Zeitpunkt, zu dem diese Frage zum letzten Mal gestellt wurde, relativ stabil geblieben (Herbst 2009). Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet Finnland, wo die Unterstützung für die Maßnahme der Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise unter den Befragten von 65% auf 78% (+13 Prozentpunkte) gestiegen ist.

**QB10.3 Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie zur Bekämpfung der derzeitigen Krise für wirksam halten oder nicht.**  
**Dass die Mitgliedstaaten der EU ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen**

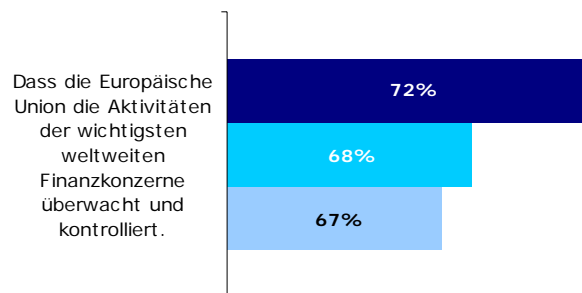
		Gesamt 'Wirksam'	Unt. EB73 Fr. 2010 - EB72 Hbt. 2009	Gesamt 'Nicht wirksam'	Unt. EB73 Fr. 2010 - EB72 Hbt. 2009	WN	Unt. EB73 Fr. 2010 - EB72 Hbt. 2009
	EU27	75%	+2	14%	-1	11%	-1
	SK	89%	+6	5%	-5	6%	-1
	BE	87%	+7	10%	-5	3%	-2
	CY	87%	+1	6%	+1	7%	-2
	DE	85%	+7	11%	-4	4%	-3
	EL	84%	-2	13%	+2	3%	=
	NL	84%	+5	11%	-4	5%	-1
	ES	83%	+2	8%	-1	9%	-1
	LU	81%	+6	13%	-1	6%	-5
	SI	81%	=	13%	+1	6%	-1
	DK	79%	+1	16%	=	5%	-1
	FR	78%	+2	9%	-2	13%	=
	FI	78%	+13	15%	-9	7%	-4
	IE	77%	+13	9%	=	14%	-13
	BG	76%	+1	7%	+1	17%	-2
	CZ	74%	-3	17%	+1	9%	+2
	MT	74%	-2	5%	+3	21%	-1
	AT	74%	+6	21%	-4	5%	-2
	IT	73%	-1	14%	-3	13%	+4
	PL	70%	+1	14%	+3	16%	-4
	RO	70%	+4	12%	+1	18%	-5
	SE	70%	=	23%	+1	7%	-1
	LT	67%	+1	16%	=	17%	-1
	LV	67%	+3	22%	+1	11%	-4
	HU	67%	-2	27%	+4	6%	-2
	EE	64%	+2	19%	=	17%	-2
	PT	62%	-2	27%	+8	11%	-6
	UK	60%	+1	22%	=	18%	-1

**- ...und auch nach mehr Überwachung und Kontrolle durch die EU -**

Eine weitere Maßnahme, die die Befragten bei der Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise für besonders wirksam halten, ist die **Überwachung und Kontrolle der Aktivitäten der wichtigsten internationalen Finanzkonzerne durch die Europäische Union**. Genannt wurde dies von 72% der Befragten, d.h. von vier Prozent mehr als im Herbst 2009 und von fünf Prozent mehr als noch im Frühjahr 2009.<sup>28</sup>

**QB10.2 Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie zur Bekämpfung der derzeitigen Krise für wirksam halten oder nicht. - Antwort: Gesamt 'Wirksam' - % EU**

■ EB71.1 Jan.-Feb. 2009   ■ EB72 Hbt. 2009   ■ EB73 Fr. 2010

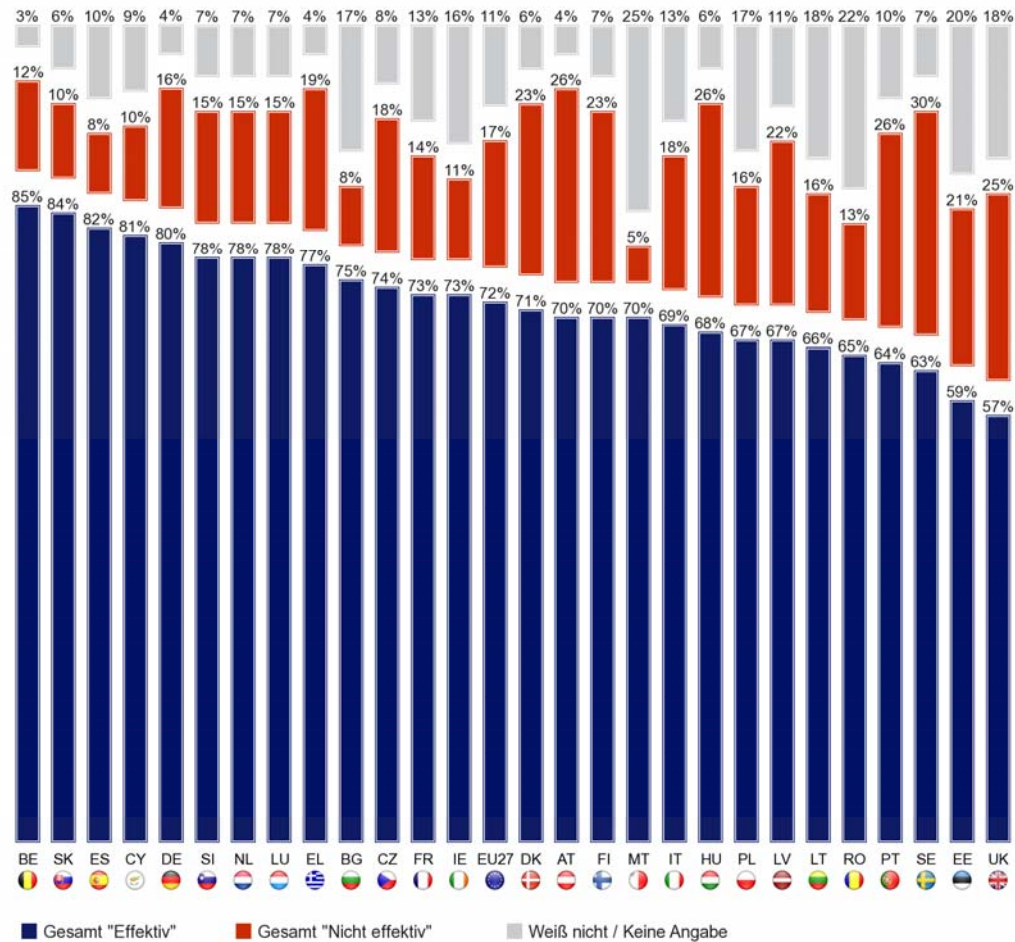


Unter den Befragten in Belgien (85%), in der Slowakei (84%), in Spanien (82%), auf Zypern (81%) und in Deutschland (80%) findet der Vorschlag, dass **die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwachen und kontrollieren soll**, als Mittel zur Bekämpfung der Krise den größten Zuspruch.

<sup>28</sup> QB10.2 Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie zur Bekämpfung der gegenwärtigen Krise für wirksam halten oder nicht. Dass die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwacht und kontrolliert.

QB10.2. Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie zur Bekämpfung der derzeitigen Krise für wirksam halten oder nicht.

Dass die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwacht und kontrolliert.



## 5. „EUROPA 2020“ - DIE STRATEGIE FÜR DIE ZUKUNFT

### *- Breite öffentliche Unterstützung für die Maßnahmen, die der EU den Weg in die Zukunft ebnen sollen -*

Europa sieht sich vor grundlegende strukturelle Herausforderungen gestellt: Globalisierung, Klimawandel und eine zunehmend alternde Bevölkerung. Im Zuge des Konjunkturabschwungs hat die Dringlichkeit dieser Probleme noch zugenommen. Am 3. März 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission die Strategie „Europa 2020“, die dazu dient, Wege aus der Krise aufzuzeigen und die Wirtschaft der Europäischen Union auf die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts vorzubereiten: Die Strategie zielt auf eine Belebung des Wachstums, die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen und gleichzeitig auf die Einrichtung einer umweltfreundlicheren und innovativeren Wirtschaft ab.<sup>29</sup>

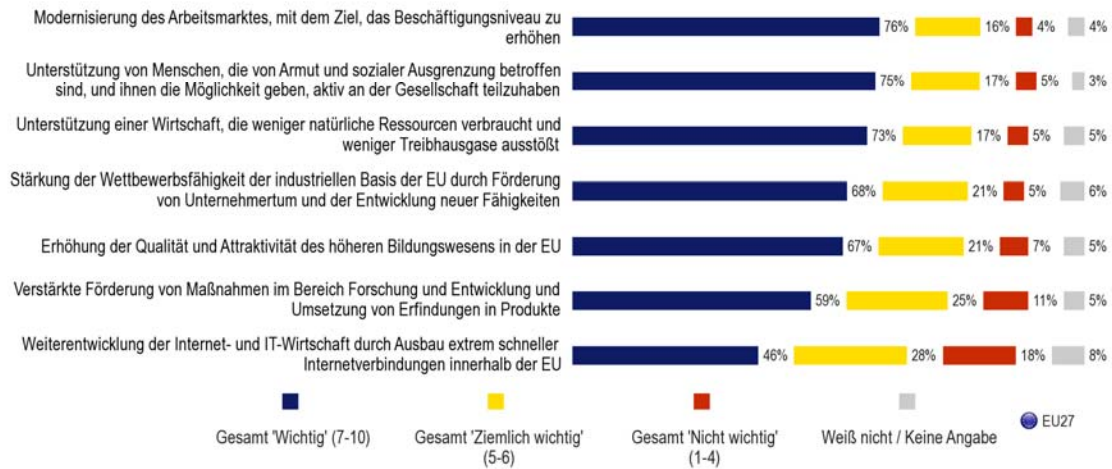
Bei dieser Umfrage wurde auch gemessen, inwieweit die Europäer die Initiativen der Strategie „Europa 2020“ für wichtig halten.<sup>30</sup> Dabei zeigt sich, dass der Modernisierung der Arbeitsmärkte mit dem Ziel der Erhöhung des Beschäftigungsniveaus (76% der Befragten halten diese Maßnahme für wichtig) Priorität beigemessen wird. Auch dieses Ergebnis verdeutlicht die enorme Bedeutung der Beschäftigungsthematik in der Wahrnehmung der Europäer. Gleichzeitig sind fast so viele Europäer (75%) der Meinung, dass es wichtig sei, Menschen zu unterstützen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, um ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv am gesellschaftlichen Geschehen teilzunehmen. Auch steht eine umweltfreundlichere Wirtschaft auf der Prioritätenliste ganz weit oben (73%). Das geringste Interesse scheinen die europäischen Bürger für Initiativen zur Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch den Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU aufzubringen (46%).

<sup>29</sup> <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/225>

<sup>30</sup> QC1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei ‚1‘ bedeutet, dass Sie diese Initiative für „überhaupt nicht wichtig“ halten und ‚10‘, dass diese Ihrer Meinung nach „sehr wichtig“ ist. 1. Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte 2. Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU 3. Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch den Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU 4. Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt 5. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten 6. Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen 7. Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, um ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv am gesellschaftlichen Geschehen teilzunehmen.



QC1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

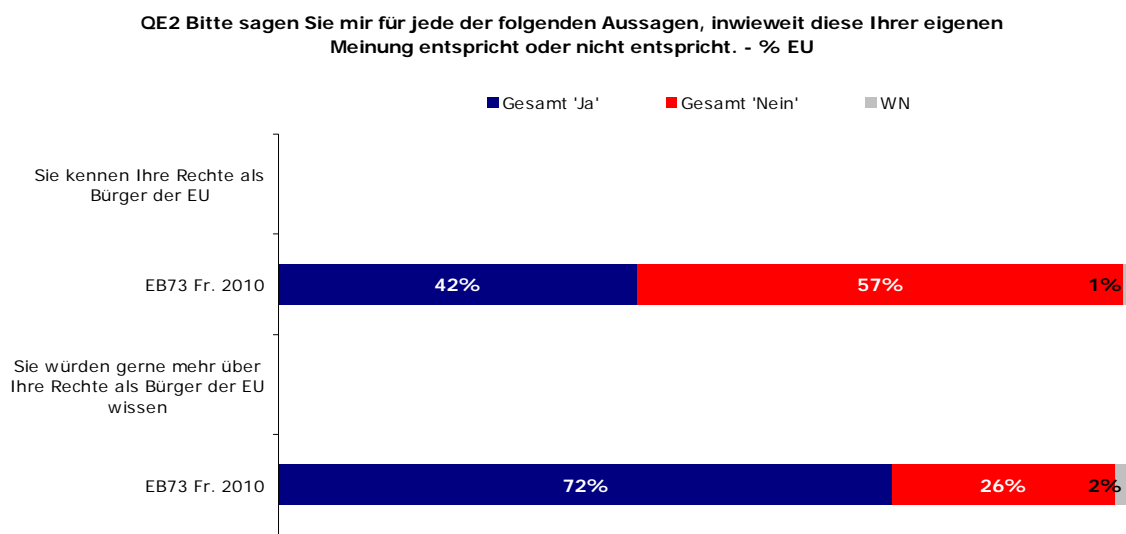


## 6. STAATSBÜRGERSCHAFT DER EUROPÄISCHEN UNION

### - Mehr Bedarf an Informationen über die Rechte als EU-Bürger -

An obiger Stelle wurden bereits die Ergebnisse zur Bedeutung der EU für ihre Bürger vorgestellt. In diesem Kapitel geben wir nun Antwort auf die Frage, ob sich die Europäer überhaupt über die ihnen zukommenden Rechte als EU-Bürger im Klaren sind.<sup>31</sup>

Die Umfrage zeigt diesbezüglich klar einen Bedarf nach mehr Information: Nur 42% der Europäer kennen ihre Rechte und 72% würden gern mehr darüber erfahren.

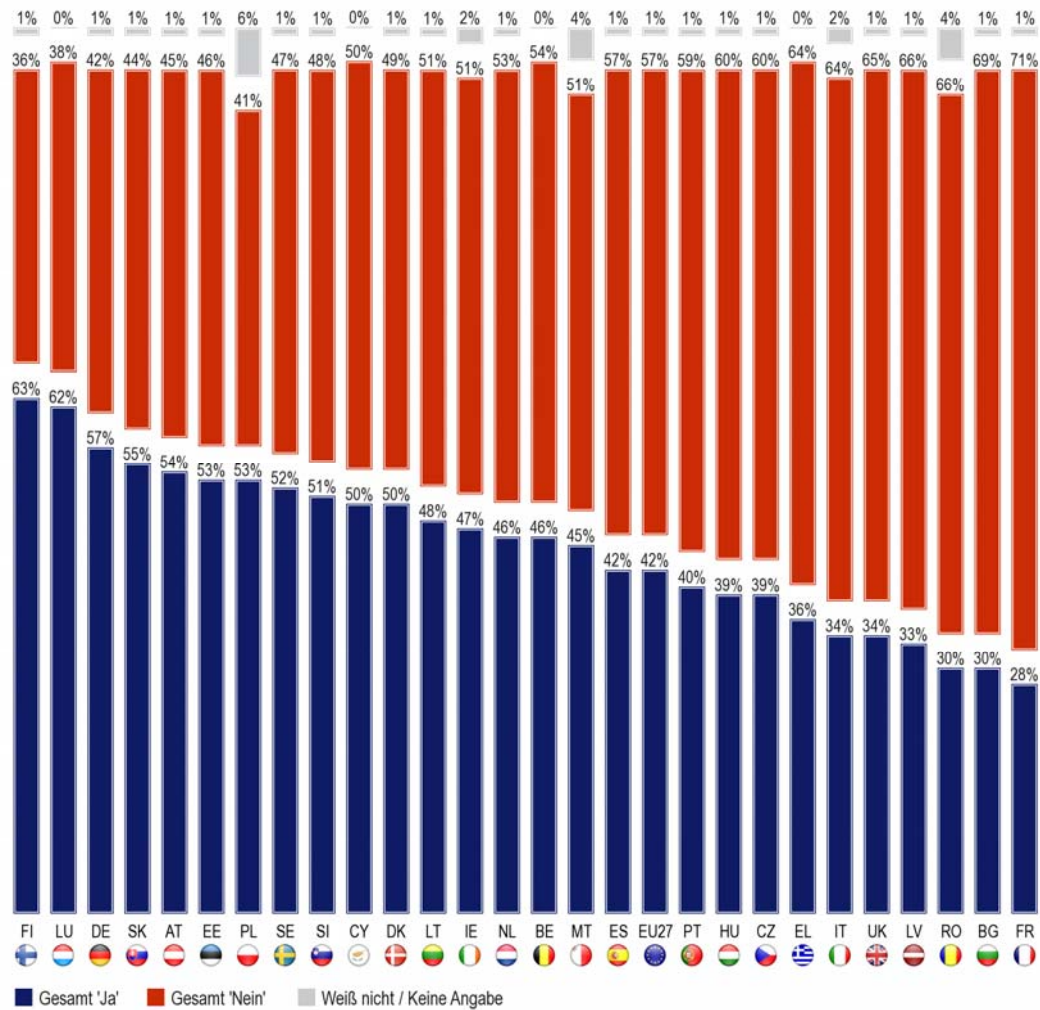


<sup>31</sup> QE2 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. 2. Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU 3. Sie würden gerne mehr über Ihre Rechte als Bürger der EU wissen – 1) Ja, voll und ganz 2) Ja, teilweise 3) Nein, eher nicht 4) Nein, überhaupt nicht

Auf nationaler Ebene lassen die Ergebnisse erkennen, dass in 17 von 27 Mitgliedstaaten nur weniger als die Hälfte der Befragten die eigenen Rechte kennt. Besonders groß ist die Wissenslücke und dementsprechend auch der Bedarf nach mehr Information in Frankreich (28% der Befragten gegenüber 71%, die die eigenen Rechte nicht kennen), Bulgarien (30% gegenüber 69%) und Rumänien (30% gegenüber 66%).

QE2.2. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU



Der Wunsch nach weiteren Informationen über die Rechte als EU-Bürger wird in allen EU-Mitgliedstaaten von einer Mehrheit der Befragten geteilt. Jedoch äußern die Befragten diesen Wunsch nicht überall mit der gleichen Deutlichkeit. Die höchsten Werte sind auf Zypern (mit 95% der Befragten, die mit ‚Ja‘ antworten und hiervon 83% mit ‚Ja, voll und ganz‘), in der Slowakei (89%) und auf Malta (86%) zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu sind die Befragten in Österreich (64%) und dem Vereinigten Königreich (53%) am wenigsten an weiteren Informationen zu diesem Thema interessiert.



Die soziodemografische Analyse der Ergebnisse lässt bestimmte Unterschiede zwischen den einzelnen Befragtengruppen erkennen. Je gebildeter und wohlhabender sie sind, desto häufiger kennen sie ihre Rechte als EU-Bürger.

Das Wissen um die Rechte als EU-Bürger ist bei jenen Befragten, die am längsten im Bildungssystem verblieben sind (26%), stärker ausgeprägt als bei jenen, die ihre Ausbildung bereits frühzeitig beendeten (26%).

Auch spielt die Zugehörigkeit zu einer in sozioökonomischer Hinsicht besser gestellten Gruppe eine Rolle, da es bei den leitenden Angestellten und Selbständigen 60% bzw. 51% sind, die meinen, ihre Rechte als EU-Bürger zu kennen. Im Vergleich dazu behaupten dies nur 31% der Hausfrauen und Hausmänner sowie lediglich 33% der Arbeitslosen von sich.

Letztlich geben 54% der Europäer, die sich selbst ganz oben auf der sozialen Skala einordnen, an, ihre Rechte als EU-Bürger zu kennen. Bei denjenigen Befragten, die sich selbst dem unteren Ende der sozialen Skala zuordnen, sind dies nur 27%. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch beim Vergleich jener Befragten, denen das Bezahlen der eigenen Rechnungen fast nie Schwierigkeiten bereitet (47%), mit denjenigen, die sich hierbei meistens vor große Probleme gestellt sehen. 72% von letzteren geben an, ihre Rechte als EU-Bürger nicht zu kennen.

**QE2.2 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.  
Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU**

	Gesamt "ja"	Gesamt "nein"	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	42%	57%	1%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
 15-	26%	72%	2%
16-19	42%	57%	1%
20+	54%	45%	1%
Studiert noch	52%	47%	1%
<b>Berufliche Situation der Befragten</b>			
 Selbstständige	51%	48%	1%
Leitende Angestellte	60%	39%	1%
Andere Angestellte	44%	55%	1%
Arbeiter	41%	58%	1%
Hausfrauen / -männer	31%	68%	1%
Arbeitslose	33%	66%	1%
Rentner / Pensionäre	34%	64%	2%
Schüler / Studenten	52%	47%	1%
<b>Selbstpositionierung über die soziale Treppe</b>			
Niedrig (1-4)	27%	71%	2%
Mittel (5-6)	43%	56%	1%
Hoch (7-10)	54%	45%	1%
<b>Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen</b>			
Meistens	26%	72%	2%
Gelegentlich	36%	62%	2%
Nahezu nie	47%	52%	1%

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Im Frühjahr 2010 war Griechenland mit schwerwiegenden Finanzproblemen konfrontiert. Daneben bestand die Gefahr einer Ausweitung dieser Probleme auf weitere Mitgliedstaaten. Die vergangenen Eurobarometer-Umfragen hatten den Umfang aufgezeigt, in dem sich die Wirtschafts- und Finanzkrise in allen Lebensbereichen auf die öffentliche Meinung in Europa niederschlug. Da die Befragung für dieses Eurobarometer zu einem Zeitpunkt vorgenommen wurde, zu dem das Paket der Stabilisierungsmaßnahmen noch nicht in Kraft getreten war, scheint von den Auswirkungen der „Schuldenkrise“ sogar noch ein weitaus größerer Einfluss auf die öffentliche Meinung ausgegangen zu sein:

- ♦ **Im Vergleich zum Herbst 2009 sind das Vertrauen in die wirtschaftliche Lage und auch die Erwartungen, die die Europäer an kurzfristige Entwicklungen knüpfen, mittlerweile geringer.** Insbesondere gilt dies mit Blick auf die einzelnen Volkswirtschaften sowie die europäische Wirtschaft insgesamt. Die Europäer beurteilen die Lage am Arbeitsmarkt im eigenen Land auch weiterhin mit äußerster Skepsis.
- ♦ **Was die persönliche Lebenssituation betrifft, sind die Europäer, allen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentliche Meinung zum Trotz, positiver gestimmt.** Mehr als sechs von zehn Europäern bewerten die finanzielle Situation ihres Haushalts positiv und für mehr als die Hälfte stellt sich die gegenwärtige berufliche Situation positiv dar.
- ♦ **Die Arbeitslosigkeit gilt als nach wie vor wichtigstes Problem auf nationaler Ebene,** wobei der Grad der Besorgnis mittlerweile etwas geringer ist als noch im Herbst 2009.
- ♦ Obwohl Europa die Rezession offiziell hinter sich gelassen hat, **besteht für die europäische Öffentlichkeit weiterhin der Eindruck, dass die Wirtschaftskrise vorherrscht.** Gleichwohl erhält man auf Länderebene sehr unterschiedliche Einschätzungen, die möglicherweise auf den unterschiedlich weit gediehenen Wirtschaftsaufschwung in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zurückzuführen sind.

- ◆ Im Allgemeinen sind sich die Europäer über die **Notwendigkeit von Reformen zur Beendigung der Wirtschafts- und Finanzkrise** einig. Ebenso vertreten sie die Meinung, dass diese Reformen auch dann eingeleitet werden sollten, wenn der gegenwärtigen Generation damit gewisse Opfer abverlangt werden müssten. Eine beachtliche Mehrheit darin überein, dass die Maßnahmen zur Senkung der Defizite und der Verschuldung keinen Aufschub dulden. Die Opferbereitschaft kennt aber auch Grenzen, da eine kleine Mehrheit eine Präferenz für die Unterstützung der Wirtschaft durch Staatsausgaben bzw. den Aufbau von Defiziten bekundet. Insgesamt sind sich die Europäer nicht ganz darüber im Klaren, wie die Wirtschaftsreform am besten vorangetrieben werden sollte.
- ◆ Die Europäer hegen den starken Wunsch nach **mehr Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten** bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise.
- ◆ Die **Maßnahmen, die von der Europäischen Union und dem IWF zur Stabilisierung des Finanzsystems und zur Bekämpfung der Schuldenkrise in Griechenland ergriffen wurden, blieben nicht unbeachtet**: Mittlerweile besteht ein größeres Vertrauen darin, dass die EU am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen, und auch der IWF konnte seine Vertrauenswerte verbessern.
- ◆ Es herrscht **breite Unterstützung für die Maßnahmen, die im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ vorgestellt wurden**, und mit deren Hilfe die Wirtschaft der Europäischen Union auf die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts vorbereitet werden soll. Die Maßnahmen zielen hierbei insbesondere auf die Belebung des Wirtschaftswachstums, die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie die Förderung einer umweltfreundlicheren und innovativeren Wirtschaft ab.
- ◆ **Über ihre Rechte als EU-Bürger fühlen sich die Europäer nur unzureichend informiert**: Weniger als die Hälfte kennt die eigenen Rechte und beinahe drei Viertel wollen mehr darüber erfahren.

Obwohl die Europäer ihre Unterstützung für die gegenwärtigen und zukünftigen Maßnahmen bekunden, die ihnen Schutz vor weiteren wirtschaftlichen Verwerfungen bieten sollen, lassen sich aus dem aktuellen Eurobarometer folgende drei Hauptentwicklungen in Hinblick auf die öffentliche Meinung über die Europäische Union seit dem Herbst 2009 ablesen:

- ♦ **An der Unterstützung der Europäer für die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union und deren wahrgenommenem Nutzen ging die Schuldenkrise keineswegs spurlos vorüber.** Die aktuellen Ergebnisse zeigen, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft beinahe den Tiefststand aus dem Jahre 2001 erreicht hat, der damals eine Konsequenz der Rezession in Folge des Platzens der Dotcom-Blase am Internetmarkt war.
- ♦ **Auch das Vertrauen in die Europäische Union wurde in Mitleidenschaft gezogen.** Jedoch setzen auch weiterhin mehr Bürger ihr Vertrauen in die EU als in die nationalen Parlamente oder Regierungen.
- ♦ **Die Wahrnehmung Europas ist angesichts des gegenwärtigen Klimas ebenfalls eine etwas andere.** Während es auch weiterhin die Freizügigkeit und der Euro sind, die den meisten als Inbegriff von Europa gelten, wird Europa von den Bürgern mittlerweile seltener mit wirtschaftlichem Wohlstand, Demokratie oder Frieden in Zusammenhang gebracht.

\*

\*

\*



## Technischer Hinweis

Zwischen dem 5. und dem 28. Mai 2010, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, in Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 73.4 durchgeführt.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 73 ist Teil der Umfragewelle 73.4 und deckt die Gruppe der mindestens 15-jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben. Die STANDARD-EUROBAROMETER 73 wurde außerdem in Island, in den drei Bewerberländern (Kroatien, Türkei und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden direct und persönlich mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHLE DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.013	06/05/2010	27/05/2010	8.866.411
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.000	05/05/2010	17/05/2010	6.584.957
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.021	07/05/2010	22/05/2010	8.987.535
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.007	07/05/2010	25/05/2010	4.533.420
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.515	06/05/2010	26/05/2010	64.545.601
EE	Estland	Emor	1.000	07/05/2010	24/05/2010	916.000
IE	Irland	TNS MRBI	1.014	07/05/2010	23/05/2010	3.375.399
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	07/05/2010	23/05/2010	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.006	08/05/2010	25/05/2010	39.035.867
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.020	07/05/2010	27/05/2010	47.620.942
IT	Italien	TNS Infratest	1.028	07/05/2010	21/05/2010	51.252.247
CY	Zypern	Synovate	507	07/05/2010	23/05/2010	651.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.003	07/05/2010	24/05/2010	1.448.719
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.019	07/05/2010	21/05/2010	2.849.359
LU	Luxemburg	TNS ILReS	505	07/05/2010	25/05/2010	404.907
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.021	07/05/2010	23/05/2010	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	07/05/2010	23/05/2010	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.013	07/05/2010	28/05/2010	13.288.200
AT	Österreich	Gallup-Institut	1.000	05/05/2010	24/05/2010	6.973.277
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	08/05/2010	25/05/2010	32.306.436
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.025	07/05/2010	24/05/2010	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.020	07/05/2010	19/05/2010	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.010	07/05/2010	23/05/2010	1.748.308
SK	Slowakei	TNS AISA SK	1.027	08/05/2010	23/05/2010	4.549.954
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.001	07/05/2010	25/05/2010	4.412.321
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.050	06/05/2010	25/05/2010	7.723.931
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.316	07/05/2010	23/05/2010	51.081.866
<b>GESAMT EU27</b>			<b>26.641</b>	<b>05/05/2010</b>	<b>28/05/2010</b>	<b>406.834.359</b>
IS	Iceland	Capacent	526	07/05/2010	24/05/2010	252.277
CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	Kadem	500	07/05/2010	23/05/2010	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	07/05/2010	25/05/2010	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.000	07/05/2010	25/05/2010	52.728.513
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS Brima	1.048	07/05/2010	13/05/2010	1.678.404
<b>GESAMT</b>			<b>30.715</b>	<b>05/05/2010</b>	<b>28/05/2010</b>	<b>465.386.179</b>

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte